

Fünfte Sitzung — Quinzième séance

Montag, 25. Juni 1973, Abend

Lundi 25 juin 1973, soir

20.30 h

Vorsitz — Présidence: M. Franzoni

11 542. Zivildienst.
Bericht zum Volksbegehren
Service civil. Rapport sur l'initiative

Fortsetzung — Suite

Siehe Seite 883 hiervor — Voir page 883 ci-devant

Frau Meier Josi: Namens der CVP stelle ich Ihnen den Antrag, auf die Vorlage einzutreten und dem Bundesbeschluss zuzustimmen.

Bei der Münchensteiner Initiative für die Schaffung eines Zivildienstes geht es um die staatspolitisch bedeutende Frage, ob und wie der bisherige Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht neu abzugrenzen ist gegenüber dem Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit, welches von der Erfüllung bürgerlicher Pflichten bekanntlich nicht entbindet. Uns scheint es am Platz zu sein, diese Abgrenzung neu zu überprüfen. Ueber die genaueren Umstände des Wie dieser Abgrenzung haben wir nicht heute zu entscheiden, sondern erst, wenn einmal die konkrete Vorlage des Bundesrates zum neuen Artikel 18 der Bundesverfassung vorliegt. Wir behalten uns unsere endgültige Stellungnahme für jenen Zeitpunkt selbstverständlich vor.

Wenn die allgemeine Anregung vom Parlament abgelehnt würde, müsste das Volk über einen neuen Artikel 18 abstimmen, ohne zu wissen, wie er aussehen würde. Zudem wäre nur das Volksmehr, nicht auch das Ständemehr ausschlaggebend. Schon formal föderalistische Ueberlegungen sprechen somit für eine Annahme der allgemeinen Anregung. Nach Auffassung der CVP sind, besonders im Lichte der bisherigen Praxis, die Voraussetzungen der Einheit von Materie und Form erfüllt.

Die Initiative selbst geht von zwei wichtigen und richtigen Voraussetzungen aus:

Erstens davon, dass für eine grundsätzliche Abkehr von der allgemeinen Wehrpflicht nicht der geringste Anlass besteht; leider finden nach wie vor Kriege statt und sind Bedrohungen immer wieder festzustellen; die Aussichten auf eine baldige wirksame internationale Friedenssicherung sind derart schwach, dass die Schweiz an ihrer Strategie des hohen Eintrittspreises sicher noch lang festhalten muss.

Zweitens geht die Initiative davon aus, dass ein Zivildienst nicht in einen Wehrdienst umgedeutet werden kann, so dass seine Einführung eine Verfassungsänderung bedingt.

Wie steht es schliesslich mit der Aktualität der Zivildienstinitiative in einem Land, das einerseits seine Armee ausschliesslich zu Verteidigungszwecken einsetzen will und sie immer als Instrument der Friedenssicherung betrachtet hat; und das andererseits von jeher die Möglichkeit bot, in der Sanität einen nicht bewaffneten Dienst zu leisten? Die Aktualisierung des Problems ist nicht um der Zahl der Interessierten willen gegeben, obwohl innert der letzten fünfzehn Jahre eine merkliche Zunahme von Umteilungswilligen und von Verweigerern feststellbar war; es sind heute je einige Hundert. Sie wurde vielmehr durch andere Umstände bewirkt. Da ist einmal die Wirkweise moderner Waffen, die das Problem beim einzelnen Verweigerer verstärken mag. Und da ist schliesslich der Umstand, dass der Krieg heute die ganze Zivilbevölkerung trifft, was uns ohnehin zwingt, neben der Armee auch zivile Ueberlebensorganisationen zu schaffen. In dieser Wirklichkeit legt uns jedenfalls die Rolle des menschlichen Gewissens als Träger der europäischen Kultur die neue Prüfung des Problems besonders nahe.

Die Vorlage, die der Bundesrat bei unserer Annahme auszuarbeiten hat, wird zwei Probleme besonders prüfen müssen, nämlich einerseits jenes der Gewissensnot und ihrer Glaubhaftmachung, und andererseits die Frage, ob die Schaffung eines Zivildienstes eine Schwächung der Armee oder des Milizgedankens bedeuten könnte.

Zur Gewissensnot: Mit der Botschaft ist zu betonen, dass dem Dienstverweigerer kein Gewissensmonopol zukommt. Persönlich könnte ich das Abseitsstehen in einer Notlage meines Volkes nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Die Initiative gibt uns die nötigen Kriterien noch nicht in die Hand. Die vorgesehene Verfassungs- und Gesetzgebung, allenfalls auch noch die richterliche Praxis werden daher eine gewisse Klärung herbeiführen müssen. Wir wollen hier nicht vorgreifen. Immerhin wird aber zu beachten sein, dass es einerseits nicht nur dogmatisch geformte Gewissen gibt, sondern auch das autonome Gewissen. Andererseits lehnen wir es ab, dass jemand beliebige politische Anliegen durch Bestreiken der Armee soll durchsetzen können. Die Abgrenzung — die Kollegen Allgöwer und Gerwig haben die Schwierigkeiten offengelegt — wird allerdings weniger problematisch sein, wenn es gelingt, im Sinne der Initiative das Modell eines unattraktiven Zivildienstes zu schaffen. Dann werden sich echte von unechten Verweigerern leichter unterscheiden lassen.

Zur Frage der Schwächung der Armee: Die Armee würde durch die Schaffung eines Zivildienstes nicht geschwächt, weil ihr ja die Dienstverweigerer auch heute gar nicht angehören. Die verbüssen irgendwo eine Strafe und werden gelegentlich aus ihr ausgeschlossen. Und schliesslich, weil ja nach der Initiative gar keine freie Wahl vorgesehen ist, sondern nur die Zuteilung zum Zivildienst bei glaubhaft gemachter Gewissensnot. Allenfalls könnte noch die Sistierung eines solchen Zivildienstes für Zeiten erwogen werden, in denen eine Drohung, eine wirkliche Gefahr für den Bestand der Armee aktuell würde. Immerhin möchte ich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es beispielsweise England nicht einmal im schlimmsten Blitzkrieg von 1940 nötig fand, die Möglichkeit eines Zivildienstes zu verschliessen.

Zusammenfassend halte ich fest: obwohl die CVP klar auf dem Boden der notwendigen Landesverteidi-

gung steht und obwohl der Zivildienst keineswegs alle Probleme lösen wird, bestimmt nicht jene der Totalverweigerer, halten wir es für richtig, einer Minderheit aus ihrer Gewissensnot (obwohl wir sie nicht nachempfinden können) einen Ausweg zu zeigen. Wir glauben, dadurch ein Aergernis zu beseitigen, das dann entsteht, wenn ein Bürger, der diesen Staat bejaht, im Strafvollzug sitzt, statt etwas Nützliches für die Gemeinschaft zu tun. Wir meinen, dass aus der vorgeschlagenen Neuregelung sogar die Armee gestärkt hervorgehen könnte, wenn wir nämlich hier unter Beweis stellen, dass es sich lohnt, dieses Land zu verteidigen, in welchem alle Probleme, auch die schwierigen, in demokratischer Art ausgetragen werden und nicht mit diktatorischer Macht.

Le président: Je donne la parole à M. Graf, qui s'exprimera au nom de son groupe et motivera en même temps sa proposition de modification des articles 1 et 2.

Graf: Ich spreche für die republikanische und nationale Fraktion, die Ihnen einstimmig beantragt, das Münchensteiner Volksbegehren abzulehnen.

Die klare Bestimmung des Artikels 18 unserer Bundesverfassung «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig», ist schon seit Beginn unseres Jahrhunderts in die Schusslinie der Kritik geraten. Ich möchte Ihnen keinen ausführlichen historischen Diskurs in diese Materie zumuten, nachdem unsere beiden Referenten bereits ausführlich darüber gesprochen haben. Immerhin sei nochmals ganz kurz ein gedrängter Abriss ab 1947 gestattet.

Im Jahre 1947 hat der Bundesrat die Einführung eines Zivildienstes rundweg abgelehnt, mit der Begründung, dieser würde eine gefährliche Schwächung des Wehrwillens und damit der Landesverteidigung bewirken. Auch zehn Jahre später (1957) lehnte der Bundesrat die Einführung eines besonderen Zivildienstes ab. Jedoch wurden sowohl 1947 als auch 1957 Milderungen bei der Bestrafung von Dienstverweigerern zugestanden. Wieder zehn Jahre später (1967) schloss sich der Bundesrat der Auffassung des Staatsrechtlers Professor Bridel an, die Einführung eines Zivildienstes und die damit zusammenhängende Befreiung der Dienstverweigerer vom Militärdienst stehe in klarem Widerspruch zur Bundesverfassung. Erneut aber wurde durch die gleichzeitige Revision des Militärstrafgesetzes (Art. 81) die Strafe für Dienstverweigerer beträchtlich gemildert.

Mit anderen Worten: Artikel 18 BV ist heute bereits modifiziert, entschärft, wenn Sie wollen. Weil sich aber die Gegner der allgemeinen Wehrpflicht noch immer nicht zufrieden geben, soll also jetzt über diese Milderungsmassnahmen noch hinausgegangen werden. Heute, im Jahre 1973, lediglich sechs Jahre nach 1967, als Nationalrat und Bundesrat noch mit Professor Bridel die Auffassung vertraten, die Einführung eines Zivildienstes stehe in klarem Widerspruch zur Bundesverfassung, ist man zur Kehrtwendung bereit; denn der Bundesrat ist der Ansicht, dass heute die Zeit für eine, wie er sich ausdrückt, grundsätzliche Lösung des Dienstverweigererproblems gekommen sei. «Diese Neuerung», so sagt er in seinem Kapitel Schlussfolgerungen wörtlich, «kann nur mit der Schaffung eines schweizerischen Zivildienstes erfolgen, der beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen anstelle des Militärdienstes geleistet werden kann.»

Ob der gesamte Bundesrat dieser Ansicht ist oder nur eine Mehrheit, weiss man nicht. Ebenso entzieht

sich meiner Kenntnis, ob der Chef des EMD sich hier in der wenig beneidenswerten Situation befindet, gegen seine eigene, persönliche Ansicht sprechen zu müssen. Dessen ungeachtet bin ich nicht nur erstaunt, sondern befremdet, ja konsterniert darüber, dass sich unsere Landesregierung von einer, wie sie selber sagt, immer noch geringen Zahl von Dienstverweigerern derart beeindruckt lässt, dass sie an einer der Säulen unseres Staatswesens, nämlich der allgemeinen Wehrpflicht, rütteln lässt. Die weiche Tour ist überall offensichtlich hoch im Kurs! Schritt um Schritt macht man Zugeständnisse, mit dem Erfolg, dass immer neue, weitergehende Forderungen erhoben werden. Statt diese Forderungen zu ignorieren, wertet man sie dadurch auf, dass man auf jede von ihnen eingeht. Gerade so aber werden die antimilitaristischen Kreise in völlig unverhältnismässiger Art profiliert.

Angefangen hat diese höchst bedauerliche Entwicklung mit der Einführung der Armeeformen, zu denen übrigens unsere Heereseinheitskommandanten nichts zu sagen gehabt haben sollen. Verwirklicht hat man indessen bis heute davon jene Reformen, die leicht zu verwirklichen waren, weil sie nichts kosteten. Wenn aber irgend jemand in diesem Saale behaupten wollte, die Lockerung der militärischen Sitten, z. B. Gruss, Kleidung, Haartracht, hätten dem Image unserer Armee nicht schwer geschadet, dann soll er sich, auch in dieser Stadt Bern, einmal diesbezüglich umsehen! Selbst Bundesrat Gnägi hat vor wenigen Tagen (am 13. Juni) festgestellt: «Punkto Oswald-Reformen sind wir bis an den Rand dessen gegangen, was wir verantworten können.» Nun will man mit der Schaffung eines Zivildienstes erneut den Weg des Nachgebens gehen. Innert sechs Jahren hat es eine sattsam bekannte, arrogante und lautstarke Minderheit, unterstützt nicht zuletzt von gewissen Massenmedien, erreicht, dass ihretwegen gar noch unsere Bundesverfassung geändert werden soll. Aus der Optik dieser Leute fürwahr ein prächtiger Erfolg, der zu neuen Taten, d. h. zu neuen Forderungen anspornen wird!

Herr Kollege Tschumi und Frau Dr. Spreng haben dargelegt, wie sehr man im Laufe der Zeit den Dienstverweigerern entgegengekommen ist. Es stand den Dienstverweigerern ausserdem schon immer frei, unbewaffneten Militärdienst zu leisten, bei der Sanität. Aber auch das wollen sie nicht. Handelt es sich etwa allgrösstenteils bei diesen Dienstverweigerern um Drückeberger? Ein strapaziöser Wiederholungskurs mit zahlreichen Entbehrungen und harten Manövern kann nie und nimmer durch einen Zivildienst, mag er geartet sein, wie wer will, ersetzt werden. Ausserdem darf positiv gewertet werden, dass das für Volk und Land so wesentliche Zusammengehörigkeitsgefühl unterschiedlicher Kreise und Stände dadurch nur gefördert wird. Herr Bundesrat Gnägi hat als *conditiones sine quibus non* betreffend Einführung des Zivildienstes genannt: keine freie Wahl zwischen Zivildienst und Militärdienst und Nichteinbezug der politischen Gründe. Dass aber schon anlässlich der Aussprache Ihrer Kommission mit massgeblichen Münchensteiner Herren diese politischen Gründe ihre entscheidende Rolle zu spielen begannen, wird doch kein Kommissionsmitglied bestreiten wollen. Dabei beschwor man die Münchensteiner, sie sollten sich doch mit der Ausklammerung der politischen Gründe einverstanden erklären. Sie blieben jedoch eine klare Antwort schuldig. Auf der anderen Seite ist Bundesrat Gnägi

nicht bereit, auf die Initiative einzutreten, wenn die zwei Konditionen nicht erfüllt sind. Spätestens im Moment, wo man diese Diskrepanz feststellt, wird klar erkennbar, dass es mit der vorgesehenen Lösung nicht sein Bewenden haben kann und wird nach den Intentionen der Dienstverweigerer aller Schattierungen auch nicht haben darf. Diese Leute wollen nämlich mehr, oder ihnen besser gerechtfertigter ausgedrückt: Sie wollen weniger; weniger Zivildienst, am besten keinen Dienst für die Armee, keinen Dienst für den Staat und keinen Dienst für die Gemeinschaft. Der Schweizerische Friedensrat hat nach der Tagung Ihrer Kommission eines seiner ungezählten Communiqués verbreitet, worin unter anderem ausgeführt wird, dass er, der hochwohlblöbliche Friedensrat, besonderen Wert legt auf seine Forderungen auf einen Zivildienst, der allen Militärdienstverweigerern offenstehe, ohne zwischen religiös-ethisch und politisch argumentierenden Verweigerern zu unterscheiden. Die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst sei Voraussetzung für eine grundsätzliche Lösung des Problems. Sollten diese beiden Postulate im neuen Gesetz nicht berücksichtigt werden, würden neue Ungerechtigkeiten geschaffen und die rechtsstaatliche Lösung des Dienstverweigererproblems verhindert werden. Das heisst doch nichts anderes, als dass man auf der Gegenseite die Kompromissbereitschaft des Bundesrates als Schwäche auslegt, indem man ganz offen und unverblümt sagt: Für uns kommt nicht in Frage, dass die politischen Dienstverweigerer nicht auch mit in den Kreis der Zivildienstberechtigten einbezogen werden. Antimilitaristen und Linksextremisten arbeiten eben ganz zielbewusst auf die Unterminierung und Abschaffung unserer Armee hin, und dazu gehört auch die Schwächung der Bestände. Der mächtige Wall gegen die Antimilitaristen, den die Aktivdienstgeneration bildete, zerbröckelt von Jahr zu Jahr, in demselben Masse wie diese Ehemaligen sterben. Dass unsere junge Generation zum Teil die grossen Opfer der Grenzbesetzungsgeneration nicht versteht und statt des härteren Militärdienstes einen weichen, bequemen Zivildienst vorziehen würde, geht aus der Umfrage in einer Infanterierekrutenschule 1971 in Zürich — nicht etwa im Welschland, sondern in Zürich — hervor, wo bei der Möglichkeit der freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst sich mehr als 50 Prozent für den Zivildienst entschieden hätten. Da die Zahl der Dienstverweigerer aus politischen Gründen naturgemäss grösser ist als diejenige aus religiösen und ethischen Gründen, müsste bei einer freien Wahl diese Kategorie bezüglich Bestandesprobleme wesentlich stärker ins Gewicht fallen. In der Kommission hat man allerdings meine Hinweise auf die Bestandesprobleme zu verniedlichen versucht. Es steht jedoch fest, dass die Schweizerische Offiziersgesellschaft in ihrem kürzlich erschienenen Rechenschaftsbericht über das Jahr 1972 ausdrücklich vom Problem der Bestandeskrise spricht. Auch die von mir befragten zuständigen Stellen der Armee haben mir bestätigt, erhärtet durch eingehendes Zahlenmaterial, das hier nicht genannt zu werden braucht, dass der notwendige Bedarf weder bei den Dienstpflichtigen und Hilfsdienstpflichtigen noch gesamthaft erreicht wird. Und: «Die Einführung eines Zivildienstes bedeutet für die Armee nicht nur eine zahlenmässige, sondern auch eine qualitative Schwächung, da insbesondere bei den Studenten ein überdurchschnittlicher Abgang zu erwarten ist.» Ende des Zitats der mir zugekommenen Information.

Demzufolge ist festzuhalten, dass die Bestandesprobleme bald einmal einen Grad erreichen könnten, welcher die Milizarmee zwangsläufig in Frage stellen müsste. Auch der Bundesrat hat sich zu dieser eminenten Gefahr verschiedentlich geäussert, so auch in seinem Bericht im Bundesblatt 5/73 auf den Seiten 95 und 98: «Auch müsste eine Aenderung der bestehenden Ordnung eine nicht zu verantwortende Schwächung unserer Wehrkraft zur Folge haben» und, bezugnehmend auf die seinerzeitige Motion Oltramare im Nationalrat, die 1946 für Dienstverweigerer einen Ersatz für gesetzliche Strafen durch einen Zivildienst fordert, heisst es: «Die Motion wurde vom Vertreter des Bundesrates bekämpft, weil zu ihrer Verwirklichung nicht nur die verfassungsrechtliche Grundlage fehlt, sondern weil sie auch eine gefährliche Schwächung des Wehrwillens und damit der Landesverteidigung bewirken müsste.»

Hat sich an dieser Erkenntnis in der Zwischenzeit wirklich so viel geändert? Man hat mich in der Kommission darüber belehren wollen, dass es eigentlich in diesem Zusammenhang gar nicht so sehr um Artikel 18 BV, die allgemeine Wehrpflicht, sondern um Artikel 49 BV, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, gehe. Dazu erlauben Sie mir, ein Zitat aus einem Aufsatz von Herrn Dr. Peter Vogelsanger im Buch «Soldat in Zivil» vorzubringen: «Gewisse Dienstverweigerer und ihre Apologeten berufen sich gern auf die in der Verfassung verankerte Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 49). Sie wollen an den Rechtsgütern dieser Verfassung partizipieren, angefangen vom persönlichen Rechtsschutz, der Freiheit des Individuums bis zu den Wohltaten der Schule, der Spitäler und der Sozialgesetzgebung, wollen aber nicht nur nichts zu deren Verteidigung beitragen, sondern indirekt noch deren Verteidigung als ein dem Gewissen widersprechendes Unrecht prinzipiell diskriminieren. Gleichzeitig verlangen sie die Sonderbehandlung für ihr Verhalten mit Berufung auf die in derselben Verfassung garantierte Gewissensfreiheit, deren Schutz die Notwendigkeit einer Armee impliziert. Das ist eine krause Logik! Kann man dort, wo sie einem nicht passt, die Verfassung (also die allgemeine Wehrpflicht) ablehnen und zugleich dort, wo sie einem Schutz für ein ihren Prinzipien widersprechendes Verhalten zu gewähren scheint (also in der Gewissensfreiheit), sich auf sie berufen? Ganz abgesehen von dieser inneren Widersprüchlichkeit ist natürlich der Artikel von der Gewissensfreiheit in der Intention des Gesetzgebers von Anfang an so gemeint, dass sich einer nur innerhalb der allgemeinen Verfassungsstruktur auf ihn berufen kann. Es wäre eine absurde Verabsolutierung dieses Verfassungsprinzips, wenn sich einer nur auf das Gewissen zu berufen brauchte, um sich von irgendeinem ihm nicht behagenden anderen Artikel derselben Verfassung persönlich zu dispensieren. Stellen wir uns einmal die Konsequenzen einer solchen Strafloserklärung in eigener Regie, etwa auf dem Gebiet der allgemeinen Schulpflicht oder der Verkehrsgesetzgebung vor. Das irrtümliche Gewissen hat keinen Anspruch auf den Schutz der Gewissensfreiheit. Darüber hinaus ist es einfach nicht wahr, dass der Staat mit der Strafrechtsverfügung über die Dienstverweigerer die Gesinnungsstrafe und damit die eigene Verfassung verletze. Er straft nicht die Gesinnung — sie zu bekunden, ist in dieser Sache vielmehr jedem unbenommen —, er straft nur das Delikt des Nichteintrückens und der Gehorsamsverweigerung.» Soweit Herr Dr. Vogelsanger.

Schliesslich vermochte mich ebenso wenig der Hinweis auf die ausländischen Erfahrungen und Zustände zu überzeugen, die in der Kommission vorgebracht wurden. Der Bericht des Bundesrates (S. 101) hält ausdrücklich fest, dass der waffenlose Dienst, wie er in der Schweiz bei der Sanitätstruppe gehandhabt wird, der Europäischen Menschenrechtskonvention entspricht. Weitere Hinweise auf das Ausland sollten auch schon deshalb unterbleiben, weil sich in keinem anderen Lande der Welt der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht, wie er sich 1848 in Artikel 18 unserer Bundesverfassung niederschlug, derart organisch und über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat, wie gerade in unserer Eidgenossenschaft. Auch wenn gewisse Historiker diesem Tatbestand nicht die Beachtung schenken, die ihm zweifellos immer noch zukommt, das Volk denkt hier ganz anders. Man sollte endlich wieder etwas mehr Mut zeigen, zu unserer Schweizerart zu stehen und nicht ohne jegliches Selbstbewusstsein, ohne jeglichen Stolz immer sofort bereit sein, eine unserer typischen Institutionen preiszugeben, nur weil das Ausland nichts dergleichen kennt. Während zweier Weltkriege war die Schweizer Armee nicht unbeteiligt an der Bewahrung unserer Unabhängigkeit, das muss wieder einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, auch wenn das verschiedenen Kreisen gar nicht ins Konzept passt und nur sehr ungern zur Kenntnis genommen wird.

Aus allen diesen Feststellungen heraus muss konsequenter- und logischerweise jeder Antrag bekämpft werden, der eine Aenderung unserer bisherigen Konzeption der Wehrpflicht herbeiführen will. Dass das mit der Münchensteiner Initiative zweifellos der Fall sein würde, gibt auch der Bundesrat zu, spricht er doch in seinem Bericht auf Seite 92 von einer neuen Konzeption — ich zitiere —: «... nur Volk und Stände könnten daher darüber entscheiden, ob die bisherige Konzeption der Wehrpflicht beizubehalten oder durch eine neue zu ersetzen sei».

Mit der Annahme der Münchensteiner Initiative wäre unweigerlich der erste Schritt zu dieser neuen Konzeption getan, die — davon bin ich überzeugt — zu immer weiteren Konzessionen führen müsste.

Sie müssen sich hier und jetzt für ein mannhaftes Entweder-Oder und nicht für ein gefährliches Sowohl-als-auch entscheiden.

M. Peyrot: La question qui nous est aujourd'hui posée est d'une importance si fondamentale pour l'avenir de la Suisse que, même justifié par le doute, un vote d'abstention ne me paraîtrait pas possible. Et maintenant que ma conviction est faite d'y répondre par un non résolu, il ne me semble pas suffisant de me rallier à l'autre proposition de rejet, déposée par M. Graf, sa motivation — et d'ailleurs son libellé — n'étant pas les mêmes que la mienne.

C'est pourquoi j'ai décidé d'en déposer une moi-même pour avoir l'occasion de développer plus à loisir mon argumentation devant ce Conseil. L'honnêteté me commande de déclarer d'emblée que je suis contre la notion du service civil pour les objecteurs de conscience. Ce qui ne veut pas dire que je sois contre un service civil, ni que je considère le problème des objecteurs de conscience comme résolu par les mesures qui leur sont présentement appliquées. Je crois simplement que d'autres solutions sont possibles, je m'en exliquerai dans un instant. Mais aujourd'hui, au stade où nous en sommes,

c'est essentiellement à la procédure proposée par le Conseil fédéral que s'adresse mon opposition. En voici les raisons: du fait que nous nous trouvons face à une initiative populaire rédigée en termes généraux, deux solutions, vous le savez, sont possibles. Ou bien les Chambres fédérales suivent le Conseil fédéral et approuvent l'initiative. Elles devront alors, selon l'article 121, 5e alinéa, de la constitution, procéder à la révision de l'article 18 de cette même constitution dans le sens que cette initiative indique et le soumettre ainsi modifié à l'adoption ou au rejet du peuple et des cantons. Ou bien elles n'approuvent pas cette initiative et celle-ci sera soumise telle quelle à la volonté du peuple mais non à celle des cantons. En clair, cela signifie que, dans le premier cas, les Chambres fédérales, préjugant de l'approbation populaire, s'engagent immédiatement dans la procédure de révision selon les intentions des initiants, au risque de se faire désavouer plus tard par le peuple et les cantons. Dans le deuxième cas, elles estiment plus prudent, vu l'importance du changement proposé, de ne pas préjuger de cette approbation et de soumettre en conséquence la solution proposée, sans plus attendre, à la volonté populaire pour savoir s'il y a lieu de se mettre au travail ou non.

Le Conseil national se trouve ainsi confronté avec une situation délicate dans laquelle le Conseil fédéral et notre commission qui l'appuie requièrent de nous que nous anticipions la volonté populaire sur une proposition qui n'émane ni du Conseil fédéral, ni du Parlement mais bien d'une fraction seulement des votants, composée de 62 343 citoyennes et citoyens sur 3 642 756 électeurs inscrits, soit environ 1,7 pour cent du corps électoral. Et pour décider de quoi? De rien moins que de modifier l'article 18 de notre constitution, pierre angulaire de notre défense nationale, donc de l'existence même de notre Etat, lequel article stipule que tout Suisse est tenu au service militaire. Voilà de quoi faire réfléchir, car si nous nous trouvons face à une initiative revêtant la forme d'un projet rédigé, cette assemblée aurait la faculté d'élaborer un projet distinct, avec celle de le proposer au peuple en même temps qu'elle lui demanderait de rejeter l'initiative. Mais ici, rien de semblable. On nous demande d'avalier tout rond la proposition des initiants. Or que dit-elle cette proposition? Elle maintient, en règle générale, l'obligation du service militaire. Elle prévoit le service civil comme solution de remplacement du service militaire pour les Suisses qui ne peuvent concilier l'accomplissement du service militaire avec les exigences de leur foi ou de leur conscience. Les citoyens astreints à ce service civil doivent être employés judicieusement dans le cadre des buts généraux de la Confédération, selon l'article 2 de la constitution fédérale, et ne pas fournir des prestations de service inférieures à celles du service militaire. Or cet article 2 n'est autre qu'un article de foi, celle que tout Suisse est présumé devoir partager. Il fixe en effet les buts que se propose notre Confédération: assurer l'indépendance de la patrie contre l'étranger, maintenir les libertés, le droit et l'ordre, accroître la prospérité commune. Sont-ce là les aspirations de tous les objecteurs de conscience, notamment de ceux qui proclament que notre armée n'est que le rempart du capital?

Considérons maintenant l'initiative de Münchenstein de trois points de vue. De celui des faits, de celui du Conseil fédéral tel qu'il est exposé dans son message, de celui de l'Association suisse pour le service civil interna-

tional, selon sa lettre du 22 mai 1973, adressée aux membres des deux commissions. Commençons par les faits. Ils sont rappelés dans le message. Depuis le début du siècle, date à laquelle le problème des objecteurs de conscience a commencé de se poser, propositions, pétitions, initiatives se sont succédé, émanant de milieux parlementaires, ecclésiastiques et politiques. Le Conseil fédéral a d'abord tenu la position du statu quo. Puis il a admis la révision du code pénal militaire à deux reprises, en 1950 et 1967, dans le sens d'un adoucissement des peines, pour consentir enfin à la création de diverses commissions d'étude ayant pour but l'éventuelle modification de l'article 18 de la constitution, condition préalable indispensable à l'introduction d'un service civil.

Cependant, jugeant ces démarches trop lentes, les initiateurs de Münchenstein l'ont pris de vitesse. Mais quelle est l'ampleur du problème? Bien faible à vrai dire sur le plan des chiffres puisqu'ils portent en 1971 sur 227 cas au total, sur un effectif de 45 799 conscrits, soit 0,5 pour cent. Quant à la progression des cas, elle a été de 180 cas à savoir 227 en 1971 contre 47 en 1956, soit trois et demi fois plus en quinze ans. Cela reste négligeable. Reste à savoir si l'institution d'un service civil n'aurait pas pour conséquence une affolante progression de ces chiffres. Pour ma part, j'en suis hélas persuadé. Mais n'anticipons pas.

Examinons maintenant le point de vue du Conseil fédéral. Il note que «le problème service militaire/service civil touche des principes essentiels de notre vie nationale. L'idée du service militaire considéré comme un des devoirs civiques les plus importants est aujourd'hui encore profondément enracinée dans le peuple. Seuls les cantons et le peuple ont dès lors le pouvoir de décider si cette conception du service militaire doit être maintenue ou si au contraire il convient d'en changer».

En ce qui concerne l'admission au service civil, il proclame qu'elle doit être subordonnée à certaines conditions et il affirme: «Le militaire ne peut pas décider librement s'il entend accomplir du service militaire ou du service civil.» Et il ajoute: écoutez bien, parce que c'est là que se cache l'obstacle majeur qui surgira demain si le service civil est admis sur la base de cette initiative, «qu'elle ne traite, à vrai dire, que d'une manière générale des motifs de croyance ou de conscience qui peuvent être invoqués pour refuser de faire du service militaire. Elle ne précise pas la nature de ces motifs, comme le fait notamment l'article 81 du code pénal militaire, qui les limite aux convictions religieuses ou morales». Les conséquences de cette imprécision, voulues ou non, je dirai en tout cas de ce redoutable malentendu, elles se manifesteront à l'encontre de la volonté du Conseil fédéral lorsqu'il proclame avec raison: «Il importe notamment d'éviter à tout prix un affaiblissement sensible de la défense militaire.» Il sent bien le danger, d'ailleurs, puisqu'il écrit encore: «Car il s'agit pour la Suisse de suivre une voie nouvelle débouchant sur des perspectives incertaines.» Et juste après il poursuit: «Les problèmes nombreux et variés qui se posent devront donc être examinés avec grand soin si l'on veut éviter des échecs dès le début, d'autant plus que leur solution ne sera guère facilitée par les opinions très diverses de la population.» Ces doutes, honnêtement et franchement exprimés par le Conseil fédéral, m'amènent à examiner enfin le point de vue de l'Association suisse pour le service civil international qui, il est vrai, s'est distancée dès le début de l'initiative de München-

stein. Ce point de vue est clair et net. Je lis dans sa lettre du 22 mai: «A court terme, il est impératif que cet article permette aux objecteurs de conscience pour motifs politiques d'accomplir un service civil, un règlement divisant les objecteurs de conscience en bons et mauvais ne serait qu'une solution boiteuse et provoquerait une attitude de durcissement des objecteurs de conscience reconnus. A long terme, le nouvel article 18 devrait permettre l'introduction du libre choix pour un service civil ou militaire, volontairement effectué au bénéfice de la communauté.»

Enfin, dans leur déclaration de base, synthèse des résultats de leur assemblée annuelle 1972, on lit dans les considérants: que la société est trop souvent basée sur l'exploitation, le profit et la consommation. Il est demandé plus loin que le service soit supranational, de même que cette déclaration proclame encore, lorsque cette action — il s'agit de l'organisation de chantiers internationaux de travail volontaire — se heurte aux exigences du système politique et économique en vigueur, qu'elle sera poursuivie par des moyens de lutte non violents, si nécessaire la désobéissance civile. Nous voilà au clair.

Et maintenant, résumons. Si en chiffres le problème des objecteurs de conscience est peu important, il l'est par contre, il est vrai, sur le plan moral et politique. De plus, les temps que nous vivons et l'évolution des mentalités chez les jeunes donnent aujourd'hui au débat un tour passionnel. Raison de plus pour garder la tête froide et voir la situation telle qu'elle est. Pour avoir trop longtemps atermoyé, l'initiative des opérations a échappé au Conseil fédéral et se trouve maintenant du côté des initiateurs. Entre l'opinion de ceux qu'ils représentent et ce que voudrait le Conseil fédéral ainsi que la commission et beaucoup d'entre vous, il y a, c'est évident, une différence fondamentale. On ne peut dans ces conditions bâtir un projet sur une équivoque. D'ailleurs ce mot est employé dans la feuille intitulée «Réconciliation» que l'on a déposée tout à l'heure à vos places. Ce serait courir au-devant d'un rejet ou bâtir sur du sable, un mirage, en somme ou pire encore, une mine. Une fois le service civil institué, il subira fatalement des pressions dans le sens d'une ouverture aux motifs politiques et du libre choix, on vient de le voir. En nous engageant maintenant dans une voie sans retour et sans savoir ce que pense le peuple suisse, nous prendrions une responsabilité singulièrement lourde. Je suis persuadé pour ma part que la seule solution est de lui donner la parole le plus vite possible, afin qu'il dise s'il veut ou non du principe même d'un service civil pour objecteurs de conscience. S'il dit oui, il sera temps de se mettre au travail, s'il dit non, c'est qu'il ne veut pas de ce service civil et d'autres voies devront être explorées. Parmi celles-ci, le problème de la taxe militaire. Il est quand même intéressant de constater que, chaque année, 5000 conscrits sont exemptés pour raison de santé et qu'en regard il y a une centaine de cas qui relèvent de l'objection de conscience. Eh bien! je pense que nous ne devons pas compromettre l'organisation future d'un service civil dans le sens de ce que M. le professeur Freymond a proposé, par exemple. D'un service civil qui pourrait donner de très belles missions à notre jeunesse demain et pas seulement à ceux qui sont des objecteurs de conscience, mais à ceux qui ont fait du service militaire. Malgré ce que pensent beaucoup, la grande majorité du peuple suisse et des citoyens suisses servent

de bonne volonté dans notre armée. C'est pour ne pas préjuger de ce que pense le peuple, profondément, de ce problème fondamental, que je vous demande de suivre la proposition que j'ai déposée.

Le président: Il reste encore vingt-deux orateurs qui prendront la parole à titre personnel.

Je vous propose de limiter le temps de parole à dix minutes.

Vous en avez ainsi décidé.

M. Corbat: Dans les conclusions de son rapport à l'appui de l'arrêté sur l'initiative populaire pour la création d'un service civil, le Conseil fédéral déclare que le moment est venu de définir une solution de principe face aux objecteurs dont l'attitude est fondée sur de sérieux motifs de conscience. En d'autres termes, le Conseil fédéral admet qu'il convient de respecter les engagements spirituels de chacun et l'attitude particulière que lui dicte sa foi ou sa conscience.

On ne peut, à cet égard, que l'approuver. Mais il remarque aussitôt qu'il devrait être possible, dans la pratique, d'apprécier équitablement les cas d'objection de conscience — on sait que l'initiative ne fournit aucune précision sur ces critères d'appréciation — car il ne saurait être question, ajoute-t-il, de libre choix entre service militaire et service civil, si l'on tient à maintenir le principe de milice de notre armée, l'un des piliers de notre défense nationale. On ne peut, sur ce point également, qu'approuver le Conseil fédéral. C'est bien là, en effet, le problème crucial que pose cette initiative.

A notre avis, il conviendrait, tout d'abord, de savoir ce que l'on entend par «défense nationale». Je me permets de puiser dans un écrit d'Andrée Weitzel, responsable du Service complémentaire féminin de notre armée, cette définition à laquelle je souscris pleinement: «La défense nationale est la défense de la nation entière par la nation entière.» Or le terme de «nation» ne saurait suggérer une frontière géographique uniquement, mais bien plutôt un ensemble de principes, une manière de vivre, un idéal commun, une volonté solidaire de poursuivre sa destinée. Ce qui est national est non seulement caractéristique d'un ensemble d'êtres humains, mais aussi reconnu par eux comme valable et digne d'être maintenu.

Cette définition du concept de la défense nationale implique-t-elle une intention de conservatisme ou ne reflète-t-elle pas bien davantage l'osmose que nous avons réussi à maintenir dans notre pays, entre le citoyen et le soldat, dans le cadre d'une armée de milice où il n'y a jamais eu de castes militaires, et à laquelle le peuple a toujours dévolu une stricte mission de défense?

Voilà bien la préoccupation essentielle des années à venir si nous voulons maintenir ce lien entre l'armée et le peuple, lien qui existe chez nous dans la mesure où la volonté de défense de nos libertés existe chez le citoyen en tant que soldat, et que le soldat entend défendre pour qu'il puisse continuer à en jouir en tant que citoyen. Ce ne sont pas là des affirmations gratuites, mais le reflet de l'opinion de la grande majorité des citoyens, ainsi que l'a révélé récemment un sondage d'opinions diffusé par la presse.

Il est de bon ton aujourd'hui de prétendre que l'armée traverse une crise. En réalité, cette crise n'est que l'apanage de ceux qui contestent ce lien entre l'armée et le peuple, ou qui souhaiteraient peut-être le

détruire, mais aussi des seuls technocrates qui mesurent notre volonté de défense à la seule puissance de telle ou telle arme. En fait, les uns comme les autres oublient que, pour la majorité de notre peuple — il l'a démontré tout au long de son histoire en résistant aux ferments de division, particulièrement durant les guerres de 1914 à 1918 et de 1939 à 1945 — l'instrument décisif de notre volonté de défense, c'est le citoyen, c'est l'homme, pour autant qu'il soit toujours disposé à rejeter l'esprit totalitaire, le conflit racial, religieux ou politique absolu, en se souvenant qu'il appartient — nous n'avons pas à en rougir — à un petit pays où se côtoient toujours, dans le respect mutuel, des hommes et des femmes de langue, de culture et de religion différentes.

Dès lors, je ne puis admettre que l'on cherche à étendre aujourd'hui l'objection de conscience, qui mérite d'être reconnue et traitée dans le respect de la foi de chacun, à l'objection politique et cela dans un pays où cette liberté politique n'est pas une vaine formule. Il ne faut pas confondre en effet la liberté politique avec le refus de se soumettre à une majorité populaire qui s'exprime démocratiquement pour la construction d'une école ou d'un hôpital, pour le paiement d'un impôt ou pour l'accomplissement d'un devoir civique. Il ne faut pas que les citoyens d'un Etat neutre, à vocation pluraliste, puissent, au gré de leur sympathie pour les régimes politiques qui s'affrontent dans le monde, choisir de refuser d'accomplir chez eux leurs devoirs de citoyen au sein d'une communauté à laquelle ils appartiennent et dont ils concourent à élaborer les lois.

Dans l'*Annuaire 1972* de la Nouvelle Société helvétique, intitulé «La Suisse que nous voulons — Voix de la jeune génération», son infatigable animateur Théo Chopard, qui ouvre toutes grandes ses colonnes à de jeunes auteurs, demande à chacun d'exposer ses vues — en faisant l'économie de toute violence — afin de donner un sens au bonheur de vivre et de rendre notre pays encore plus exemplaire qu'il ne l'est.

Je suis persuadé quant à moi que, dans le domaine militaire comme dans tous les autres, il n'est pas dans notre pays de revendications, il n'est pas de contestations que nous ne puissions, dans notre régime, exprimer dans le cadre de rapports humains francs et libres. C'est cela la démocratie; ce n'est pas s'accuser inutilement de militarisme ou de pacifisme. Encore convient-il de se souvenir que les valeurs de la démocratie s'exercent d'abord dans le respect des droits et des obligations voulus par la majorité des citoyens. Si l'initiative de Münchenstein, appuyée par 62 343 signatures, réclame un service civil pour les Suisses qui ne peuvent concilier l'accomplissement du service militaire — c'est-à-dire l'emploi des armes — avec les exigences de leur foi ou de leur conscience, si comme le souligne le Conseil fédéral la possibilité d'un service civil doit se limiter aux citoyens qui prouveront, au cours d'une procédure adéquate, que l'accomplissement des obligations militaires les plongerait réellement dans une détresse morale insurmontable, alors je souscris pleinement au vœu exprimé par les initiants. Mais si, comme les écrits nombreux que nous recevons ces jours le laissent supposer, l'objection politique est reconnue comme motif valable pour être dispensé des obligations militaires, alors je m'élève fermement contre cette initiative et je la combattrai, car elle ferait fi des fondements de notre démocratie.

Aussi bien dans le document qui vient de nous être distribué par le Conseil suisse des associations pour la

paix que dans le petit journal qui nous a été distribué cet après-midi, l'option est claire: les auteurs de l'initiative et les membres du comité romand de soutien sont tout à fait sincères lorsqu'ils affirment que dans leur esprit il n'y a pas de doute possible: l'initiative inclut les objecteurs pour motifs politiques. M. le conseiller national Gerwig, cet après-midi, tendait à nous démontrer que le fait de ne pas inclure l'objection politique reviendrait à prétendre que la politique n'est pas éthique. C'est à mon avis le contraire qui est vrai. C'est inverser les données du problème; car c'est être éthique que de respecter le jeu démocratique où doit toujours pouvoir s'affirmer librement une majorité — le peuple a toujours raison, Monsieur Gerwig — afin de fixer les règles de base indispensables à une vie communautaire. La Suisse n'existerait plus si l'on avait méconnu cette règle fondamentale.

En conclusion, je me rallie aux propositions gouvernementales, mais je demande instamment à M. le conseiller fédéral Gnägi de préciser les intentions du Conseil fédéral à l'égard de l'objection politique dans le cadre d'une modification de l'article 18 de la constitution fédérale.

Waldner: «Langsam, sehr langsam, kommen wir so weit, dass wir in jedem Menschen den Menschen suchen.» Diese weisen Worte hat Herr Bundesrat Celio den Tagungsteilnehmern der Pro Infirmis über das vergangene Wochenende zugerufen. Sie passen sehr gut auch zu unserem heutigen Thema, und ich möchte Sie alle, insbesondere aber auch Herrn Bundesrat Gnägi bitten, bei der Neufassung von Artikel 18 der Bundesverfassung sich dieser treffenden Worte seines Kollegen zu erinnern.

Darf ich ferner zurückblenden auf die Diskussion über den umstrittenen Staatsschutz, verbunden mit dem Schutz der Persönlichkeit, die wir am vergangenen Donnerstag in diesem Hause geführt haben. Herr Bundesrat Furgler hat uns mit überzeugenden Worten darzulegen versucht, dass der Gesellschaft, das heisst dem Staat, ein Recht zustehen muss, sich gegen Menschen zu schützen und zu wehren, die den Prozess der Auflösung gemeinschaftsbezogener Werte bewusst fördern oder sogar unser Land fremder Herrschaft preisgeben wollen. Er hat uns aber recht deutlich gesagt, dass auch die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches über den Schutz der Persönlichkeit bei allen weitgehenden staatschützlerischen Gedanken beachtet werden müssen. Es wird nicht leicht sein, diese beiden Grundrechte von Staat und Mensch auf einen Nenner zu bringen; leichter aber, wenn wir diese These auf unsere heutige Auseinandersetzung über die Dienstbereitschaft und die Militärdienstverweigerung übertragen müssen. Ich werde darauf zurückkommen.

Noch einige Gedanken zum Votum des Kollegen Schmitt-Genf vom vergangenen Donnerstag. Kollege Schmitt hat uns auf die fehlende Gewaltentrennung bei der Bundesanwaltschaft aufmerksam gemacht und auf die befriedigende Lösung dieses Problems in den welschen Kantonen hingewiesen. Ich meine, dass diese fehlende Gewaltentrennung bei unserer Militärjustiz noch viel schlimmer ist. Hier haben wir Partei, Ankläger und Richter in einer Gewalt, und dieser geballten Gewalt steht ein junger und vielleicht einsamer Mensch gegenüber, der sich für den Schutz seiner Persönlichkeit, wie sie im Zivilgesetzbuch verankert ist, wehren muss. Es tut mir in meinem Innersten weh, wenn ich die bald allwö-

chentlichen Verhandlungen unserer Militärgerichte verfolge, wo junge, hoffnungsvolle Menschen, zukünftige Aerzte und Theologen, qualifizierte Facharbeiter oder einfache Menschen, die sich in einer Gewissensnot befinden, zu Verbrechern gestempelt werden.

Es ist nicht fair, wenn diesen jungen Menschen vorgeworfen wird, sie überliessen den Waffendienst zur Verteidigung unseres Landes anderen und seien bereit, in sicherer Deckung den leichteren Zivildienst zu leisten. Wer so urteilt, hat vergessen, dass im Zweiten Weltkrieg mehr Zivilisten im Bombenkrieg ihr Leben lassen mussten als Soldaten an der Front. Drückeberger sind in den Augen vieler Mitbürger die Verweigerer der bewaffneten Wehrpflicht. Es ist immer falsch, zu verallgemeinern, besonders aber im Falle der Militärdienstverweigerer. Mit dieser Verallgemeinerung werden wertvolle Mitmenschen diffamiert. Drückeberger gibt es überall, nicht zuletzt auch im Militärdienst, Herr Kollega Graf. Ich kenne leider Fälle, wo auch der absolut zivile Zivildienst verweigert worden ist. Es fehlt auch mir, wie dem Kollegen Schwarz, das Verständnis für die sogenannten Totalverweigerer jeder Dienstleistung gegenüber Staat und Gesellschaft, und ich habe nichts einzuwenden gegen eine strafrechtliche Behandlung jener Wehrpflichtigen, die auch die Leistung eines Zivildienstes ablehnen. Ich bin aber entschieden dagegen — und damit komme ich zurück auf das Votum des Kollegen Schmitt-Genf —, dass diese Verweigerer einem Gericht überwiesen werden, das zugleich Partei, Ankläger und Richter verkörpert. Die Anklage und der richterliche Entscheid sind unbedingt den zivilen Behörden zu überlassen, wie das Herr Kollega Gerwig bereits gefordert hat.

Die Gesetzesmühlen mahlen bekanntlich sehr langsam. Ich möchte deshalb die Forderung unterstützen, wonach Mittel und Wege gesucht werden sollten, dass noch vor der Neufassung von Artikel 18 und der gesetzlichen Regelung der Materie eine Lösung angestrebt wird, wonach Dienstverweigerer heute schon den zivilen Gerichten zur Beurteilung überwiesen werden können. Den zivilen Behörden stehen Möglichkeiten offen, die der Militär Richter nicht kennt. Ich denke an eine bedingte Verurteilung, an die Begnadigung oder das Hinausschieben des Strafantrittes, alles Möglichkeiten, die verhindern können, dass wertvolle junge Menschen wegen eines Gesinnungsdeliktes wie Verbrecher behandelt werden müssen.

Der in der Münchensteiner Initiative enthaltene Grundsatz einer neu zu formulierenden Dienstpflicht in der Bundesverfassung scheint, abgesehen von einigen wenigen ewig Gestrigen, in diesem Saale nicht bestritten. Wir, die wir diese Initiative begrüßen und befürworten, unterstützen selbstverständlich die Forderung, dass auch in Zukunft von jedem männlichen Schweizer Bürger ein Dienst an der Gemeinschaft verlangt wird. Nicht einig sind sich die Befürworter eines Zivildienstes in einem wichtigen Punkt, und zwar über die weitere Forderung auf Gleichbehandlung aller Verweigerer eines bewaffneten Dienstes, unabhängig davon, ob sie aus religiösen, ethisch-weltanschaulichen oder politischen Gründen zu ihrem Entscheid gelangt sind.

Hier steht das Gewissen des Verweigerers dem Vernunftdenken einer Instanz, welche den Staat zu vertreten hat, gegenüber. Hier appelliere ich an diejenige Instanz, die schon bei der Rekrutierung über die Zuteilung zum Wehrdienst oder Zivildienst zu entscheiden hat, sich an die Worte von Herrn Bundesrat Celio zu

halten, «in jedem Menschen den Menschen zu suchen». Ich meine aber auch, dass wir ein Gremium, das über die Gewissensgründe eines Zivildienstanwärters urteilen müssen, nicht überfordern dürfen. Es kommt sonst selbst in Gewissenskonflikte. Darum bin ich im Gegensatz zur Kommission dagegen, dass die sogenannten politischen Zivildienstanwärter anders behandelt werden als Menschen, die sich zum Beispiel auf Buddha berufen und damit, das heisst mit religiösen Gewissensgründen, Erfolg haben. Solange wir eine Armee brauchen, das heisst die Grossmächte in Waffen starren und mit der Abrüstung nicht ernst machen, solange will ich mit meiner Forderung nach der Anerkennung aller Ablehnungsmotive meine Freunde von links gar nicht etwa ermuntern, sich nun allesamt zum Zivildienst zu melden und den bewaffneten Dienst etwa nur rechtsextremen Elementen allein zu überlassen. Es wäre nicht ungefährlich für Staat und Gesellschaft, wenn wir auf der einen Seite eine bewaffnete «Rechte» und auf der anderen Seite eine unbewaffnete «Linke» hätten. Spannungen wären unvermeidlich. Bekanntlich konnte seit dem Zweiten Weltkrieg eine weitere kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Grossmächten auch nur vermieden werden, weil beide Seiten das Spannungsverhältnis mit den Waffen ausgeglichen gehalten haben. So leid einem diese Feststellung tut, so muss sie als Tatsache akzeptiert werden.

In unserem Lande werden seit Jahren Abrüstungsgespräche geführt. Wir fühlen uns verpflichtet, bei den kommenden Verhandlungen in Helsinki nicht nur jede Möglichkeit zu unterstützen, die uns dem Weltfrieden näherbringt, sondern aktive Vorschläge zu unterbreiten. Es würde deshalb uns und unserem Volke sehr gut anstehen, wenn wir mit der baldigen Verwirklichung der Münchener Initiative den Beweis erbrächten, dass zwar mit dieser Initiative nicht alle Probleme gelöst werden, dass aber damit ein kleiner Schritt getan wird hin zum Frieden, zu einem Frieden, den nicht nur die Dienstverweigerer anstreben, sondern auch wir Soldaten, die wir im Zweiten Weltkrieg Hunderte von Diensttagen geleistet haben, sehnlichst wünschen. Ich unterstütze den Eintretensbeschluss der Kommission.

Tschopp: Gestatten Sie auch einem Münchener, ein Wort zur sogenannten Münchener Initiative zu sagen.

Man sollte bei dieser Vorlage nicht von einer Alternative zwischen Armee- und Zivildienst reden. Die Mitbürger, deren Glaubens- oder Gewissensentscheid wir mit dieser Aenderung der Bundesverfassung respektieren wollen, sind für die Armee doch zum grössten Teil verloren. Es geht doch vielmehr um die Alternative: Gefängnis oder Zivildienst. Es geht darum, ob wir Mitbürger, deren Gründe allgemein als achtenswert angesehen werden, weiterhin ins Gefängnis schicken, oder ob wir ihnen Gelegenheit geben wollen, ihre Pflicht der Gemeinschaft gegenüber in einer anderen Form zu erfüllen. Man wird dagegen einwenden, nach der Schaffung eines Zivildienstes würden sich zweifellos mehr junge Leute von der Armee abwenden. Aber ich gestatte mir die Gegenfrage: Sind diese Leute denn ein Gewinn für unsere Landesverteidigung, sind sie ein Vorteil für den Geist und die Stimmung der Truppe?

Ein zweiter Punkt: Die Wehrpflicht und der Wehrdienst müssen und sollen weiterhin Vorrang haben. Das ist ganz klar. Ist das faktisch nach der Einführung eines Zivildienstes überhaupt noch möglich? Ist eine solche

Formulierung nicht ein Grundsatz, der sich gar nicht durchführen lässt? Dieser Einwand ist berechtigt, ja ich möchte fast sagen, dass das der schwächste Punkt dieser Initiative ist. Eine allseits befriedigende Lösung dieses Problems ist allerdings unmöglich. Ich möchte immerhin zwei Dinge zu bedenken geben: Die Praxis in den übrigen europäischen Ländern zeigt, dass der Wehrdienst tatsächlich die Regel bleibt. Sogar in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Kontestation in den letzten Jahren am stärksten war, meldeten sich nicht ganz 4 Prozent zum Zivildienst. Die Hälfte davon wurde akzeptiert, also nicht ganz 2 Prozent. Nach neuesten Meldungen nimmt die Zahl der Verweigerer aber bereits wieder ab. Die anderen europäischen Neutralen haben etwa 1 Prozent Dienstverweigerer zu verzeichnen, alles Zahlen, die im Rahmen bleiben, wenn man sie vergleicht mit den 25 Prozent Dienstuntauglichen, die wir haben.

Auch der beste Verfassungsartikel nützt meines Erachtens nichts, wenn nicht die Bereitschaft zur Wehrpflicht vorhanden ist. Falls der Zivildienst wirklich überhandnehmen sollte, dann würde auch der bisherige Artikel 18 nichts nützen. Die Wehrpflicht ist nur möglich, wenn die grosse Mehrheit der Mitbürger freiwillig dazu steht. Zwingen kann man in einer Demokratie die Mehrheit nicht. Diese Bereitschaft ist nicht durch einen Verfassungsartikel zu retten, sondern indem man unsere Bürger von der Notwendigkeit unserer Landesverteidigung und unserer Armee überzeugt.

Ein dritter Punkt: Der Zivildienst soll also für Mitbürger geschaffen werden, die den Militärdienst nicht mit ihrem Glauben vereinbaren können. Religiosität und Pazifismus, ja sogar Bereitschaft, sich eher selbst töten zu lassen, als den Mitmenschen zu töten, sind oft miteinander verbunden, wobei natürlich diese guten Jugendlichen immer vergessen, dass wir eine reine Verteidigungsarmee haben. Es wird kaum ein schweizerisches Armee-korps einmal Gelegenheit haben, vor Stalin-grad zu kämpfen.

Ein vierter Punkt: Dieser Zivildienst soll weiter für Mitbürger geschaffen werden, die den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Ganz nebenbei: Es hat einmal einer unserer Kollegen gesagt, er habe ein sehr gutes Gewissen, er brauche es nämlich ganz selten. Das ist also ein Begriff, der sich kaum allgemein gültig umschreiben lässt und von dem doch jedermann weiss, was er bedeutet. Schon Sokrates hörte diese innere Stimme, und er folgte ihr bis zum Tode durch den Schierlingsbecher. Und der heutige Theologe Karl Rahner definiert den Begriff «Gewissen» in seinem «Kleinen Theologischen Lexikon» als «jenes Moment in der Freiheitserfahrung des Menschen, in dem er seiner Verantwortung bewusst wird». Das Gewissen entstammt der Freiheitssphäre des Menschen. Ein innerlich Unfreier, der sich völlig fremden Normen unterworfen glaubt, braucht kein Gewissen, für ihn genügt das Gesetz. In Freiheit entscheiden kann nur der, der autonom ist, und ich meine, gerade die Demokratie ist die Ueberzeugung von der Autonomie und der Würde des Menschen, jedoch nicht nur Freiheit, sondern Freiheit aus dem Bewusstsein der Verantwortung, der Verantwortung sich selbst gegenüber, der Gemeinschaft gegenüber, Gott gegenüber, der Zukunft gegenüber. Es ist klar, dass ein solcher Gewissensbegriff über die ethischen Gründe des Militärstrafgesetzes hinausgeht, das «ethisch» zudem noch im Sinne der Lehre vom Guten und Bösen auffasst. Es fallen auch die sogenannten politischen Gewissensgründe darunter, woraus die Initianten — zu denen ich

an und für sich nicht gehöre — nie ein Hehl gemacht haben. Ein denkbar ungeschickter Ausdruck. Nach der heutigen Gerichtspraxis — Kollega Waldner hat schon etwas daraus zitiert — ist derjenige, der sich auf Buddha beruft, ein religiöser, derjenige, der sich auf Kant beruft, ein ethischer, und derjenige, der sich auf Gandhi beruft, ein politischer Dienstverweigerer. Dabei handeln alle drei aus innerer Notwendigkeit, aus ihrer Verantwortung. Es gibt auch jene politischen Dienstverweigerer, die zwar den Dienst in unserer Armee verweigern, aber durchaus bereit wären, in einer ihrer Ideologie verpflichteten Armee Dienst zu leisten. Ich glaube nicht, dass ein solcher Entscheid ein Gewissensentscheid ist; ich glaube vor allem nicht, dass sich diesbezüglich in der Praxis, in der Rechtsprechung, irgendwelche Schwierigkeiten ergeben werden. Wer den Wehrdienst verweigert, weil er unsere Gesellschaftsform ablehnt, wird auch den Zivildienst verweigern, weil dieser Dienst ebenfalls Anerkennung unseres Staates und unserer Gesellschaft bedeuten würde. Werfen wir uns also nicht zu Richtern über Ideen auf, sondern lassen wir jene, die grundsätzlich unseren Staat bekämpfen, sich selbst ausschliessen.

Ein letzter Punkt: Jedes Gesetz muss mit der Möglichkeit des Missbrauchs rechnen. Wir wollen ja verhindern, dass der Zivildienst ein Ausweg für «weiche Brüder» und Drückeberger wird. Die Wahrscheinlichkeit ist allerdings gering — das muss ich hier auch sagen —; solange ein Arztzeugnis genügt, um von jeder Dienstpflicht befreit zu werden. Wir wollen aber auch vermeiden, dass ein Zivildienst auf Unentschiedene, Zweifeln eine Anziehung ausübt. Deshalb die selbstverständliche Forderung, dass dieser Zivildienst die gleichen Anforderungen stellt wie der Militärdienst. Der Soldat kennt keinen 8-Stunden-Tag und keine 40-Stunden-Woche; er untersteht einer strengen Disziplin.

Alle diese Faktoren müssen berücksichtigt werden, die Gesamtforderungen sollen annähernd gleich sein; ebenso selbstverständlich ist die Forderung, dass dieser Zivildienst effektiv geleistet werden muss.

Ich komme zum Schluss. Das Kontingent, die Quote derjenigen, die aus achtenswerten Gründen im fälligen Altersjahr — denken Sie doch auch noch etwas an das Altersjahr, in dem sich diese Stellungspflichtigen befinden — den Militärdienst nicht leisten wollen, steht in gar keinem Verhältnis zur überwiegenden Mehrheit der Dienstwilligen, ich möchte sogar sagen: der Dienstfreudigen. Ich frage Sie: Ist es notwendig und sinnvoll, dass unsere Armee diese Hypothek ewig weiterschleppt? Oberstes Prinzip bei unseren Beschlüssen muss selbstverständlich bleiben, was der Bundesrat auf Seite 18 sagt: «An eine freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst kann jedoch nicht gedacht werden, wenn nicht das Milizprinzip, das eine der grossen Stärken unserer Landesverteidigung darstellt, in Frage gestellt werden soll.»

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag des Bundesrates.

Meyer Hans Rudolf: Ich möchte zuerst jenen Schweizer Bürgern unseren Dank aussprechen, die aus Gewissensgründen Dienst leisten. Es ist — gottlob — noch immer die überwiegende Mehrzahl unseres Volkes.

Unsere Armee ist aus zwei Gründen absolut gerechtfertigt und notwendig. Ich verweise Sie auf die ethische Berechtigung im bereits zitierten Artikel von Peter Vogelsanger im Buch «Soldat in Zivil» — diesen glänzenden Ausführungen ist ja vermutlich nichts beizufügen

—, und ich verweise Sie weiter auf die Tatsache, dass der Zweck unserer Armee doch wohl in den letzten beiden Weltkriegen sich klar manifestiert hat.

Es war heute nachmittag und abend schon wiederholt davon die Rede, dass wir unsere Armee für unseren Rechtsstaat benötigen, um im Notwehrfall ein Instrument zur Verfügung zu haben, mit dem wir einen uns angreifenden Gegner vernichten oder ihm mindestens schwere Verluste zufügen können, wobei bekanntlich die erste Phase schon entscheidend ist, nämlich eine Abschreckungswirkung durch unsere Armee zu erreichen. Unsere Armee ist eine reine Verteidigungsarmee, und ein Kleinstaat wie die Schweiz ist nach wie vor auf den Bestand einer solchen Armee angewiesen. Es hat bekanntlich wenig Sinn, an einem Gartenzaun anzuschreiben: «Achtung, bissiger Hund», wenn jedermann weiss, dass eben in diesem Areal kein bissiger Hund vorhanden ist, und deshalb — um dieses Bild auf unseren Staat zu übertragen — ist es selbstverständlich klar, dass die Wirksamkeit unserer Armee nach wie vor abschreckende Wirkung haben muss.

Wenn Artikel 18 BV bisher ganz einfach sagt, dass jeder Schweizer wehrpflichtig sei, so möchte ich meinerseits ebenfalls der Tatsache in die Augen sehen, dass es verschiedene (wenige, gottlob) Mitbürger gibt, die diesen Grundsatz aus verschiedenen Gründen nicht mehr akzeptieren können, weil verschiedene Dinge sie nach ihrer Meinung hindern, diesen Grundsatz, den unser Staat und unser Staatsrecht aufgestellt hat, auch zum ihren zu machen. Persönlich bedaure ich das, weil ich überzeugt bin, dass auch die Tatsache der Armee- und der Wehrpflicht eine Pflicht ist, genau wie die Schul- oder die Steuerpflicht, und man sich diesen Pflichten nicht ohne Schaden sollte entziehen können. Aber es ist, wie ich sagte, darauf hinzuweisen, dass immer wieder eine kleine Minderheit die Einführung des Zivildienstes forderte. Nach meiner Meinung ist es absolut nicht so — wie der Friedensrat uns heute abend in einem Zirkular wissen machen will —, dass nun plötzlich der Bundesrat nach 100 Jahren zu einer neuen Erkenntnis gekommen sei, sondern es wurde schon vor vielen Jahren das Postulat Arnold an die Kommission Wahlen überwiesen, die eine neue Bundesverfassung ausarbeiten soll, um die Frage der Einführung eines Zivildienstes bei Beibehaltung des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht zu studieren.

Ich unterstütze den Vorschlag des Bundesrates, die Münchensteiner Initiative gutzuheissen, damit nun ein entsprechender Verfassungsartikel und ein entsprechendes Bundesgesetz ausgearbeitet werden können. Dabei möchte ich nicht verschweigen, dass damals, vor etwa zweieinhalb bis drei Jahren, als eine mehrstündige Fernsehdiskussion — noch vor Einreichung der Münchensteiner Initiative — mit den Initianten durchgeführt wurde, an der ich die Ehre hatte teilzunehmen, von den sogenannten politischen Gründen (welche die Initianten nun ebenfalls als notwendig betrachten und die durch den Schweizerischen Friedensrat — gemäss dem Zirkular, das Sie heute gelesen haben — heiss unterstützt werden) nicht die Rede war, sondern, wie es im Initiativtext heisst, «nur von Gründen des Glaubens und des Gewissens». Persönlich bin ich der Auffassung, dass unsere Bundesverfassung nur in dieser Richtung geändert werden kann, wie das der Bundesrat sagt, indem er zwar schon formell gewisse Konzessionen an die Initianten machte, weil sie ihm und uns Gestaltungsangaben auferlegten. Aber ich glaube, dass der eigentliche Text der Anerkennung der Militärpflicht als Regel und der

Anerkennung einer Zivildienstmöglichkeit nur für Leute, die aus Glaubens- und Gewissensgründen einen Militärdienst nicht leisten wollen, dass diese beiden Hauptsachen entscheidend sind, um die nun bereits bestellte Kommission zu bitten, einen Verfassungsartikel zu konzipieren, der sich in dieser Richtung bewegt.

Wo würden wir stehen, wenn wir diese Initiative einfach ablehnen würden? Wir würden diese Hypothek, von der Herr Tschopp sprach, weiterhin mit uns schleppen, weil ich ebenfalls der Auffassung bin, dass unsere Armee Probleme genug hat. Ich denke an die Rüstungsaufgaben und -ausgaben. Man sollte sich nicht noch mit solchen Dingen belasten. Nach meiner Meinung sollte dieser Verfassungsartikel im Sinne der Initianten feststellen, dass jeder Schweizer wehrpflichtig ist, aber es sollte dann unser Parlament und vorher der Bundesrat und die von ihm eingesetzte Kommission die Möglichkeit haben, festzustellen, dass die Gründe des Glaubens und der Gewissensnot entscheidend sind und dass keine politischen Gründe in Frage kommen, um allenfalls Zivildienst leisten zu können. Es ist meines Erachtens selbstverständlich, wie das der Bundesrat betont, dass kein Wahlrecht bestehen kann, sondern dass Gewissensnot in bezug auf die religiösen und ethischen Gründe einer zivilen Kommission darzulegen sind und dass, gestützt auf diese Erkenntnis, der Zivildienst geleistet werden kann.

Schliesslich möchte ich feststellen, dass ausländische Modelle, die ich zum Teil aus eigener Anschauung kenne, für uns nicht vergleichbar sind, denn unser Staat war bisher stolz darauf, seine eigene rechtliche Gestaltung und auch seine eigene Wehrhaftigkeit zu gestalten. Es ist daher völlig falsch, wenn man mit anderen Beispielen argumentiert, seien es jene aus absolut freizügigen Staaten oder jene von Israel. Ich bin der Meinung, dass wir heute mit all diesen Vorbehalten den Weg öffnen, und unter ganz klarer Zielsetzung dessen, wie das der Bundesrat tut, ihm den Auftrag erteilen, einen Verfassungsartikel zu konzipieren, der in diesen Ausnahmefällen den Zivildienst zulässt. Ich bin der Meinung und habe das auch schon in der Kommission geäußert, dass dann, wenn der Verfassungstext vorliegt, auch gleichzeitig das Bundesgesetz vorliegen sollte, damit wir alle Einzelheiten über die Ausgestaltung dessen finden, was dann allenfalls mit Ja oder Nein zu beantworten wäre.

Für heute bin ich der Meinung, dass wir im Sinne der Initianten den Bundesrat bitten, den Verfassungsartikel zu konzipieren. Ich bitte Sie, zuzustimmen.

Speziali: Mi si consenta una premessa: un aperto ed elevato discorso come quello di stasera è possibile soltanto in un Paese retto da istituzioni liberali e che storicamente vanta una lunga esperienza di libertà politica; un simile discorso è per contro inimmaginabile in Paesi retti da regimi totalitari nei quali il dibattito non è neppure proponibile; purtroppo, molti dei nostri più «impegnati» obiettori di coscienza, e dei più ostentatamente attivi, con una certa ricercata punta di collettivo esibizionismo, guardano con confessata simpatia a Stati retti appunto da dittature: essi sono i principali responsabili di una vasta opposizione popolare, più diffusa di quanto si pensi, all'iniziativa di Münchenstein, che per altro merita la nostra migliore attenzione e la nostra disposizione politica a discuterla obiettivamente.

Se un'aspirazione della società, o di una parte di essa, come quella del servizio civile, riesce a sopravvi-

vere a decenni di storia intensa e ricca di sconvolgenti vicende, e resiste, segno è che non si tratta di un problema contingente; al contrario: significa che la storia stessa ha assunto quell'aspirazione come valore dialettico cui un giorno si deve dare una concreta interpretazione. La storia stessa non può consentire che l'evoluzione continui, pur con alti e bassi, per decenni, all'infinito, rimanendo, per coloro che onestamente credono in un'idea, sempre e soltanto un'illusione.

E' il momento di affrontare la questione con coraggio, con equilibrio e con prudenza, ma soprattutto con senso di realismo. Se si vuole affrontare la opposizione popolare occorre che ci sia molto realismo. Persino il nostro collega Villard ha dato prova di questo realismo. Il 28 giugno 1972 al Nazionale egli dichiarò appunto che pur essendo egli per la libera scelta doveva ammettere che oggi il salto sarebbe troppo grande, che il popolo non avrebbe compreso e che quindi non si sarebbe raggiunto mai lo scopo prefisso.

Ancora una volta ci troviamo di fronte a un dilemma, a un'alternativa complessa: la necessità dello Stato e di conseguenza i doveri del cittadino, e la libertà dell'uomo, nelle sue individuali scelte. I due principi sono iscritti nella lettera della costituzione e ne sono pilastri essenziali. Il problema che qui ci è posto è di trovare il giusto limite che il primo principio può e deve imporre al secondo. Contrasto certamente fecondo, che abbiamo l'immenso privilegio di poter affrontare e risolvere nel nostro Stato a mano a mano che l'esigenza lo richiedano. Dunque, dovere del cittadino di servire secondo l'articolo 2 della costituzione federale, del resto, e in modo esplicitamente impegnativo, richiamato nel testo dell'iniziativa di Münchenstein. Servire coscienziosamente, se del caso anche al di fuori degli impegni militari: il principio di un servizio civile è secondo me da ammettere con tutte le limitazioni che le contingenze storiche e le necessità impongono. L'autorità federale ha proceduto a studi, ad esempio quelli completi, approfonditi ed oggettivi del Forum Helveticum. Non è ancora il momento di definire chiaramente e definitivamente certi concetti, poichè il Consiglio federale dovrà presentare un controprogetto. Il messaggio che l'accompagnerà dovrà dare la misura di quale potrà essere la migliore e senz'altro difficile interpretazione del concetto d'obiezione per ragioni di coscienza, che è al centro delle aspirazioni cui si richiama l'iniziativa.

Sono a favore dell'istituzione di un servizio civile, escludendo tuttavia che si possa rinunciare preliminarmente all'obbligo generale di servire nell'esercito, che è un'esigenza per intanto irrinunciabile della stragrande maggioranza del popolo svizzero, cui la minoranza deve rispetto. Ma questa grande maggioranza deve accettare che una minoranza, pur numericamente limitata, possa far sentire le sue esigenze di coscienza che impongono un rifiuto consapevole di servire nell'esercito; chi, per profonde ragioni di coscienza è disposto a diversamente servire, pur sopportando sacrifici analoghi a chi opera nell'esercito, dev'essere rispettato: il medesimo rispetto si deve a chi diversamente pensa e ragiona: basta che i motivi siano seri e siano ispirati da un'intimo convincimento.

Tra questi escludo ovviamente quelli che si propongono di distruggere le attuali strutture dello Stato. Condivido il pensiero di un autorevole giornalista della sinistra moderata italiana, Carlo Casalegno: «Bisogna essere inguaribilmente volgari per sospettare di vigliac-

cheria chi preferisce il carcere militare all'arruolamento e sceglie la persecuzione invece di subire l'uniforme e poi cercare d'imboscarsi in qualche ufficio.»

Per evitare abusi ed equivoci — e quindi di colpire a morte l'istituzione stessa del servizio civile che vogliamo istituire — sono contrario alla libera scelta mentre sono favorevole all'esame da parte di una commissione d'esperti indipendente dall'autorità di reclutamento e sono pure favorevole al diritto di ricorso. Servizio collettivo e non individuale; per contro faccio ampie riserve per un servizio all'estero, soprattutto se si accettasse di concederlo individualmente. D'accordo anche che il servizio civile sia tolto all'autorità militare, e ciò più per ragioni psicologiche che di sostanza.

Ci dev'essere comunque una convergenza tra il servizio militare e quello civile nell'ambito della difesa totale e nello spirito fondamentale dell'articolo 2 della costituzione federale: né si deve neppure lontanamente accettare un'imposizione manichea: di là i buoni, di qua i cattivi. Il problema resta aperto sull'obiezione cosiddetta politica; pur se difficile da valutare nella sua consistenza, sarà questo l'aspetto da maggiormente approfondire; a rigore, si può accettare che un individuo possa rifiutare il servizio militare per un'intima persuasione d'ordine ideologico che si riconduce a un affare di coscienza. Non si può tuttavia, come è stato negato anche dal collega Gerwig, accettare che un cittadino rifiuti tale servizio soltanto perché esplicitamente o implicitamente dichiara di appartenere a un partito che nega la struttura dello Stato nostro e la vuole sovvertire: in questo caso il nostro non è assoluto e perentorio; se un cittadino non è d'accordo con il sistema politico del nostro Stato non ha tuttavia il diritto di sottrarsi ai precisi doveri costituzionali. «Lo Stato riassume l'intera collettività nazionale, cito ancora Casalegno, non è l'espressione d'una maggioranza o d'un partito.»

A questo punto mi si consenta di ripetere, con altre parole, per esser quanto più possibile chiaro, su quello che appunto finirà per essere l'argomento centrale del dibattito: il dissenso politico dal sistema non è, di per sé, elemento sufficiente per rifiutare l'obbligo del servizio militare, anzi lo esclude; sarà per contro compito del giudice di apprezzare se nel singolo caso, per la particolare sensibilità del soggetto, il suo rifiuto per ragioni politiche, involga così ampiamente, intensamente e profondamente il suo animo da dover essere considerato non più soltanto come un caso politico, nel senso volgare della parola, ma come vero e proprio caso di coscienza.

Non sono pessimista come il collega repubblicano nazionale Graf, al quale, se fosse presente, dovrei ricordare che in queste faccende di coscienza non esistono maggioranze e minoranze perché altrimenti ricondurremmo sempre il discorso a proporre questioni di maggioranza e di minoranza, anche quando si parla delle libertà politiche del cittadino, di libertà religiosa e quant'altro. Non credo, fermamente non credo, che l'introduzione del servizio civile sarà l'inizio della fine del nostro esercito di milizia: credo per contro che chi dovrà in avvenire decidere sull'istanza di un giovane che chiede d'essere inserito nel servizio civile saprà obiettivamente valutarne le ragioni di coscienza, secondo le mutevoli esigenze della società, della nostra integrità nazionale e degli interessi politici dello Stato.

La mia adesione alle proposte del Consiglio federale discende dalla mia piena fiducia nella serena interpreta-

zione che in Svizzera si saprà sempre dare, con ponderata intelligenza, all'articolo 2 della costituzione federale.

Präsident: Nachdem wir die schönen Glocken aus dem Tessin vernommen haben, hat Herr Schalcher das Wort.

Schalcher: Ich kann mich dem Versuch eines Zivildienstes anschließen, aber nicht weil ich den Zivildienst als nötig erachte, sondern damit Dampf abgelassen werden kann, und vor allem, um jenen Leuten den Wind aus den Segeln zu nehmen, die die Forderung nach einem Zivildienst zum Schlagwort gemacht haben, mit dem sich politisch Kapital schlagen lässt oder die, die Dienstverweigerung politisch missbrauchen, um die Landesverteidigung und damit den Staat zu unterminieren. Nicht nötig, sage ich, weil ich aufgrund meiner Erfahrungen zur Überzeugung gekommen bin, dass die wenigen wirklich echten, religiösen oder ethischen Dienstverweigerer ebensogut in der unbewaffneten Sanität Dienst tun könnten, da wir ja — es ist schon wiederholt gesagt worden — keine Angriffs-, sondern nur eine Verteidigungsarmee haben. Wir sind in den Divisionsgerichten keineswegs unglücklich, wenn wir die äusserst unangenehmen Fälle der Dienstverweigerer nicht mehr haben, ganz im Gegenteil; wir beneiden die Kommission und die bürgerlichen Gerichte nicht, die alsdann das Vergnügen haben. Wichtig ist, dass die Ausgestaltung so erfolgt, dass die Drückeberger nicht durchschlüpfen können, ich könnte auch drastischer sagen, dass die Böcke von den Schafen geschieden werden und dass deshalb der Zivildienst so gestaltet wird, dass er mindestens so lang und so anstrengend ist wie der Militärdienst. Das wird nicht leicht sein.

Ueber eines muss man sich zum Schluss noch klar sein: Das Problem ist mit der Einführung eines Zivildienstes noch nicht gelöst, sondern nur verschoben. Mindestens die Zeugen Jehovas, und das ist der Hauptteil der religiösen Dienstverweigerer, auch heute noch, wird auch einen obligatorischen Zivildienst — ein anderer kann ja nicht in Frage kommen — ablehnen, da sie gegen jeden staatlichen Zwang, ja, gegen den Staat überhaupt sind. Aber man soll jetzt den Versuch einmal wagen, um, wie gesagt, Dampf abzulassen und gewissen Leuten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das ist auch unsere Auffassung in der Studienkommission für die Revision der Militärstrafgerichtsordnung und des Militärstrafgesetzes. Ob das Volk dann auch ja sagt, ist noch lange nicht sicher, vor allem nicht, wenn man dem Gewissen die weite Auslegung gibt, die Kollege Gerwig ihm heute geben wollte. Das war für eine Volksabstimmung nicht eben sehr geschickt. In diesem Sinne hätte es natürlich etwas für sich, dem Volk direkt die Initiative zur Abstimmung vorzulegen und nicht erst die Verfassungsvorlage, um keine unnötige Arbeit gemacht zu haben für den Fall, dass das Volk nein sagt.

Fischer-Weinfelden: Im Namen einer respektablen Minderheit der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, der sogenannten Münchensteiner Initiative nicht zuzustimmen und sie dem Volke zur Ablehnung zu empfehlen. Diese Empfehlung, die wir Ihnen hier unterbreiten, stützt sich auf eine eingehende und umfassende Bearbeitung des vielschichtigen Problemkomplexes, den die Einführung eines Zivildienstes in unserem Lande darstellt. Dabei sind wir zum Ergebnis gelangt, dass der

Weg, den uns die vorliegende Volksinitiative zur Schaffung eines Zivildienstes in Form einer allgemeinen Anregung weisen will, auf eine für die künftige Selbstbehauptung unseres Landes sehr gefährliche schiefe Ebene führen müsste, auf der wir sehr bald jeden Halt unter den Füßen verlieren und in einen Zustand hineinschlittern würden, der durch eine entscheidende Schwächung unseres militärischen Milizsystems gekennzeichnet wäre. Das würde wohl kaum den Absichten und Zielvorstellungen der Münchensteiner Initianten entsprechen. Diesen möchten auch wir durchaus attestieren, dass sie mit ihrem Volksbegehren versuchen, einen konstruktiven Vorschlag für die Lösung eines aktuellen und vielschichtigen Problems zu leisten. Offenbar haben aber die Münchensteiner Gymnasiallehrer ihren Vorstoss nicht mit der notwendigen Konsequenz zu Ende gedacht. Sonst hätten auch sie einsehen müssen, wohin der von ihnen aufgezeigte Weg letztlich führt. Wir sind überzeugt, dass ein Zivildienst à la Münchenstein in seiner letzten Konsequenz die freie Wahl des Dienstpflichtigen zwischen Zivil- oder Militärdienst zur Folge hat.

Im Initiativtext wird gesagt, dass für jene Schweizer, die die Erfüllung der Militärpflicht mit ihrem Gewissen oder mit ihrem Glauben nicht vereinbaren können, ein Zivildienst vorgesehen werden soll. Aus dem prägnanten Referat unseres Kommissionspräsidenten und aus dem interessanten Bericht von Frau Spreng konnten Sie entnehmen, dass die Mehrheit der vorberatenden Kommission den vorgeschlagenen Zivildienst grundsätzlich nur für jene Leute mit Gewissensgründen offenhalten will, deren Gewissenskonflikt moralisch oder ethisch begründet ist. Für politische Dienstverweigerer, also für solche, die aus politischen Gründen keinen Militärdienst leisten wollen, soll der Zivildienst nicht in Frage kommen.

Herr Kollege Gerwig hat heute abend in seinem Votum in bereichernder Weise darauf hingewiesen, dass hier eine erhebliche — und für uns äusserst bedeutungsvolle — Differenz besteht zwischen der Auffassung der Mehrheit unserer vorberatenden Kommission und des Bundesrates auf der einen und den Initianten auf der anderen Seite. Die Urheber der Münchensteiner Initiative und mit ihnen Herr Gerwig und, wie er gesagt hat, die einstimmige sozialdemokratische Fraktion, wollen jenen, die den Militärdienst aus politischen Gewissensgründen ablehnen, ebenfalls die Absolvierung eines Zivildienstes als Alternative ermöglichen. Herr Gerwig hat sehr plausibel die Unteilbarkeit des Gewissens dargetan und gesagt, dass das Gewissen nur ein politisch-ethisches sein könne und dass demzufolge die Einheit von Ethik und Politik nicht aufgespalten werden könne und dürfe. Wenn Herr Gerwig in seinen weiteren Darlegungen, nebenbei bemerkt in voller Übereinstimmung mit den Initianten, sehr kategorisch gefordert hat, dass das vorliegende Volksbegehren nicht umgedeutet werden dürfe, dann müssen wir dieser klaren und eindeutigen Interpretation des Initiativtextes ein ebenso klares und eindeutiges: «Nein, so geht das nicht!» gegenüberstellen.

Das einzige Kriterium, das man für die Beurteilung der politischen Dienstverweigerer noch gelten lassen will, besteht darin, dass die politischen Gründe zu einer schweren und echten Gewissensnot beim betreffenden Dienstverweigerer führen müssen. Ich frage Sie nun, wie sollen die hierfür zuständigen Instanzen inskünftig in solchen Fällen die geltend gemachte Gewissensnot aus politischen Gründen feststellen und beurteilen können? Welche Massstäbe müssen oder können hier angelegt

werden, dass man zu einer einigermaßen gerechten und vor allem einheitlichen Praxis gelangt? In Wirklichkeit wird es dann so herauskommen, dass einfach jedem, der sagt, er könne den Militärdienst mit seinem politischen Gewissen nicht vereinbaren und er komme, wenn er Militärdienst leisten müsse, in einen schweren Gewissenskonflikt, die Absolvierung des Zivildienstes zugebilligt werden muss. Praktisch würde das aber nichts anderes bedeuten, als die Einführung der freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst, und das kann unseres Erachtens — darin sind wir mit dem Bundesrat wieder einig — nicht in Frage kommen.

Die Crux beim vorliegenden Geschäft liegt darin, dass die Initianten, von deren edler Gesinnung ich mich an den Kommissionsverhandlungen übrigens überzeugen konnte, und mit ihnen sicherlich der überwiegende Teil der Mitunterzeichner, ein aktuelles Problem unseres Staates in guten Treuen lösen möchten. Dabei schlagen sie jedoch Mittel vor, die sie offensichtlich ganz unbewusst in eine gefährliche Nähe von jenen bringen, die es mit unserem Staat und mit unseren demokratischen Einrichtungen weniger gut meinen. Deshalb liegt es vor allem an uns, hier besonders vorsichtig und wachsam zu sein. Wir sind der vollen Überzeugung, dass das sogenannte Aergernis, das die Militärdienstverweigerer-Prozesse angeblich bis heute bildeten, oder die «unschöne Hypothek», wie Herr Kollege Tschopp sagte, solange nicht verschwinden werden, bis wir die freie Wahl zwischen Zivil- und Militärdienst haben werden. Dafür wird eine geschickte Regie jener Kreise bestimmt sorgen, die hier ganz andere Ziele verfolgen als die Urheber der Münchensteiner Initiative.

Wenn wir dann diese freie Wahl haben, dann wird — so befürchten wir — durch eine weitere systematische Verketzerung unserer militärischen Landesverteidigung versucht werden, die Bestände unserer Milizarmee derart zu reduzieren, dass wir eines schönen Tages vor der Wahl stehen, unsere militärischen Verteidigungsbestrebungen ganz zu liquidieren, oder zu einer Berufarmee Zuflucht zu nehmen; letzteres würde natürlich in keiner Weise zu unserem demokratischen System passen und müsste über kurz oder lang ebenfalls zu einem Fiasko führen.

Herr Gerwig hat in seinem beachtenswerten Votum heute abend gesagt, dass diejenigen, die für die politischen Dienstverweigerer, d. h. für jene, die politische Gewissensgründe geltend machen, keinen Zivildienst einführen wollen, den Mut haben sollten, zur Münchensteiner Initiative nein zu sagen. Diesen Mut haben wir, denn gerade die Ausführungen unseres Kollegen Gerwig haben bei uns sehr viel zur Klärung des vorliegenden Problems beigetragen. Dieses Kompliment kann ich Herrn Gerwig bei aller Verschiedenheit unserer Standpunkte machen. Wir meinen, wenn schon ein Zivildienst eingeführt werden soll, dass dieser nur für jene, die religiöse Gründe vorbringen, in Aussicht zu nehmen ist, denn religiöse Gründe können, das sagen auch die Initianten in ihrer bereits von mehreren Votanten zitierten Dokumentation, weit besser und vor allem viel zuverlässiger überprüft und beurteilt werden als politische. Für alle anderen Dienstverweigerer sind nach unserer Ansicht als Ausweichlösung die Möglichkeiten der waffenlosen Dienstleistung in der Armee zu vergrössern. Wir bitten Sie deshalb, damit wir um eine auch in unseren Augen unschöne Umdeutung der Münchensteiner Initiative herumkommen, diesem Volksbegehren nicht zuzu-

stimmen und es dem Volke zur Ablehnung zu empfehlen.

M. Chavanne: Je voudrais souligner, après de nombreux orateurs, que cette tentative d'instituer un service civil, la dixième depuis 1918, époque où l'armée en avait accepté l'idée, mais où elle fut rejetée par le Conseil fédéral, que cette tentative, dis-je, a été reprise par un groupe de professeurs qui ont analysé de problème avec un certain nombre de leurs élèves et dont les membres de la commission ont pu se convaincre du sérieux.

Le problème que nous discutons aujourd'hui doit être abordé dans le contexte de la pensée des générations qui, après la nôtre — je m'en excuse — auront la responsabilité de maintenir l'indépendance et la liberté de notre patrie.

Nous commençons à avoir quelque idée sur la manière dont les jeunes abordent ce problème. Ils l'abordent tout autrement que ceux qui ont été mobilisés en 1939 dans un contexte de guerre européenne et pour remplir un devoir extrêmement précis, qui était de défendre notre pays contre les menées d'Hitler, qui menaçaient nos libertés. Nous avons fait le service qu'on nous demandait de faire.

Que pensent les jeunes dans leur ensemble, je ne parle pas du petit groupe de ceux qui «font de l'objection de conscience» et qui en acceptent les conséquences, y compris la prison militaire? On le sait grâce à un certain nombre d'enquêtes sociologiques, toutes dirigées par des personnes dont le sens militaire est assez évident. Je pense en particulier à l'enquête Farner et à celle de l'Ecole des cadres de Lausanne. Tout le monde sait que Farner est un peu l'exécuteur de certaines basses œuvres publicitaires. Or les auteurs de ces études sont assez déçus de constater l'attitude des jeunes en face des problèmes militaires. Ces enquêtes démontrent de la façon la plus évidente que la classe de jeunes gens de 15 à 34 ans refuse la condamnation pénale de ceux qui ne veulent pas accomplir de service militaire. L'enquête de l'Ecole des cadres de Lausanne a révélé que sur 400 jeunes, 100 sont pour la répression pénale, tandis que 300 y sont opposés. D'après les auteurs de cette enquête, ses résultats font apparaître formellement que la majorité des jeunes interrogés est opposée à un principe majeur de droit militaire qui veut que celui qui refuse de servir soit automatiquement condamné pénalement. Ainsi donc, ces jeunes gens qui, dans leur majorité, acceptent la notion de défense militaire sans toutefois considérer que cette dernière soit réellement l'élément le plus important de notre défense nationale — cette réponse revient plusieurs fois — n'acceptent pas la vieille thèse qui consiste à dire: «Nous, nous avons été mobilisés, nous avons eu une vie de chien, nous avons couché sur la paille pendant 1000 ou 1500 jours; il n'y a pas de raison que ces jeunes gens n'en fassent pas autant!» J'ai été mobilisé pendant ce temps-là, j'ai couché sur la paille et je n'ai pas été malheureux du tout, mais c'est là une question personnelle.

Je signale aussi que l'image que les jeunes se font aujourd'hui de la Suisse est une image bien différente de celle qu'on inculquait autrefois aux jeunes. Pour les jeunes d'aujourd'hui, la Suisse n'est plus un pays isolé. Ils savent que les avions militaires supersoniques traversent notre pays en moins de temps qu'il faut à un cheval pour traverser le Liechtenstein, ce qui change considérablement les données militaires du problème. Ils savent aussi

qu'un petit pays neutre ne peut pas disposer de l'ensemble de la panoplie militaire et que les armes de destruction totale, fort heureusement, nous échappent. Malheureusement, elles n'échappent pas à ceux qui pourraient déclencher une guerre.

Les jeunes sont très sévères — peut-être cela intéressera-t-il le Département militaire — à l'égard de ceux qui prétendent que l'exportation d'armes dans les pays sous-développés n'est pas incompatible avec notre statut de neutralité. Il semble que leur esprit éprouve quelque difficulté à défendre et la patrie et M. Bührle. Il semble d'autre part que ces jeunes gens connaissent mieux la guerre, les responsabilités qui en découlent, la manière dont elle se déclare et dont elle est conduite. Dans leur grande majorité, ils croient à la défense des libertés du pays mais ils savent qu'elle se présente tout autrement que par le passé.

Il ressort enfin de ces enquêtes, et nous aurons peut-être l'occasion d'en reparler, que le fait que de nombreux pays nous désignent comme la plaque tournante financière de la mafia et de la drogue ne leur plaît pas beaucoup non plus.

C'est dans ce contexte que nous devons étudier le problème qui nous est soumis aujourd'hui, et si tous les membres de la commission, à une exception près, sont en faveur de l'initiative, depuis les résistants à la guerre jusqu'aux personnes très engagées dans les choses militaires, c'est qu'ils ont réfléchi à cette évolution profonde de la signification de la défense du pays pour les jeunes générations.

On veut opposer éthique et politique. C'est peut-être une question de vocabulaire, mais elle revêt une importance énorme. Quand on décide que telle autoroute doit passer par tel endroit plutôt que par tel autre, ou qu'il faut adopter tel type de canon plutôt que tel autre, on fait de la technique. Mais je suis persuadé que la plupart de ceux qui défendent des causes politiques fondamentales le font en raison des jugements de valeur qu'ils posent sur une situation donnée. Ceux qui défendent jour après jour ici la propriété privée et la possession de l'argent le font en fonction d'un jugement de valeur sur le droit de propriété. Peut-être même que M. Schwarzenbach — qui sait? — trouve des raisons éthiques à sa xénophobie et à sa lutte contre l'assistance technique aux pays en développement. Tout est possible. Quoi qu'il en soit, l'éthique et la politique sont indissolublement liées. Ceux qui étudient la Bible aussi bien que les Témoins de Jéhovah prennent, à travers une position religieuse, une position politique extrêmement nette — que je ne partage pas — qui est celle du refus d'obéissance à l'autorité civile. Cela montre que même dans le cas des Témoins de Jéhovah, que l'on cite toujours comme exemple d'objecteurs à motifs purement religieux, il s'y mêle de façon évidente et absolument indissoluble des considérations d'ordre politique. La querelle, fort méchante, qu'on a voulu faire en commission aux gens de Münchenstein à propos d'éthique et de politique ne peut pas tenir. Le problème du droit ou non de défendre son pays, du droit ou non d'aller jusqu'à l'homicide commandé vis-à-vis de l'étranger, sont des problèmes de nature éthique même s'ils sont envisagés sous leur aspect politique.

Je ne pense pas que la grande faveur dont jouit cette initiative modifiera beaucoup le problème. Presque toutes les démocraties connaissent le service civil. Il n'y a donc pas de raison de penser que la nouvelle loi qui

sera mise sur pied changera beaucoup de choses. Je ne crois pas non plus que l'une des tâches essentielles de notre pays, qui est la recherche de la paix, soit grandement facilitée lorsque nous aurons mis sur pied une loi qui permettra à des jeunes gens de placer les principes d'ordre éthique, religieux ou politique au-dessus de l'obligation de défendre la patrie par les armes. Je crois cependant que nous aurons pris une décision juste qui permettra à leurs camarades qui entreront dans l'armée de penser qu'on a supprimé l'injustice fondamentale qui consiste à obliger les gens à faire ce qu'ils jugent profondément injuste.

Albrecht: Wie im Bericht des Bundesrates über das Volksbegehren für die Schaffung eines Zivildienstes dargelegt, kann Artikel 18 der Bundesverfassung nur in dem Sinne verstanden werden, dass die Wehrpflicht des Schweizlers in der Form von Militärdienst in der Armee erfüllt werden muss. Nach dem Wortlaut und Sinn dieser Verfassungsbestimmung ist ein Ersatz der Militärdienstleistung durch eine nicht militärische, also zivile Dienstleistung nicht zulässig. Die schweizerische Tradition erblickt denn auch in der Militärdienstpflicht eine der vornehmsten Bürgerpflichten. Jeder taugliche Schweizer ist demnach verpflichtet, an der Verteidigung der Heimat gegen Bedrohungen von aussen mitzuwirken.

Die schweizerische Armee — als reine Verteidigungsarmee — wird niemals einen andern Staat angreifen und gefährdet daher weder andere Staaten noch den Weltfrieden. Allein schon durch die Existenz einer zeitgemässen und umfassenden Landesverteidigung und ihre Einschätzung bei anderen Staaten soll ein potentieller Angriff auf unser Land auch künftighin verhindert werden. Wenn auch gegenwärtig eine eigentliche Gefahr nicht besteht, zwingen uns die ungleichen militärischen Kräfteverhältnisse zwischen West und Ost zu steter Wachsamkeit. Es ist unbestritten, dass die überwiegende Mehrheit unseres Volkes zu unserer Landesverteidigung positiv eingestellt und der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht im Schweizervolk noch tief verwurzelt ist.

Es ist eine Tatsache, dass von rund 34 000 Rekruten pro Jahr rund 33 800 ihre Soldatenpflicht erfüllen, was in diesem Zusammenhang einmal anerkennend vermerkt werden darf. Lediglich eine kleine Minderheit in der Grössenordnung von 200 bis 300 Mann pro Jahr hat den Dienst aus verschiedenen Gründen verweigert und musste demzufolge verurteilt werden. — Gleichzeitig ist festzustellen, dass heute den Anliegen der Dienstverweigerer, die sich auf ernsthafte — ich unterstreiche das — Gewissensgründe berufen, vermehrtes Verständnis entgegengebracht wird. Es ist daher meines Erachtens gerechtfertigt, dieser Minderheit entgegenzukommen und ihr Gewissen zu achten. An eine freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst kann jedoch auf keinen Fall gedacht werden, wenn nicht das Milizprinzip in Frage gestellt werden soll.

In der Ausführungsgesetzgebung müssen die massgebenden Kriterien klar und deutlich formuliert werden, wobei auch die Erfahrungen des Auslandes berücksichtigt werden sollen. Grundsätzlich muss gefordert werden, dass der Zivildienst gegenüber dem Dienst in der Armee keine Erleichterung bringen darf und in der Regel kollektiv und im Inland zu leisten ist.

Nachdem ich während nahezu sechs Jahren Militärdienst geleistet habe und demzufolge mit den Erfordernissen unserer Milizarmee bestens vertraut bin, konnte

ich mich anfänglich mit der Schaffung eines Zivildienstes nicht befreunden. Dennoch aber halte ich dafür, dass die Zeit nun gekommen ist, das Dienstverweigererproblem neu zu regeln. Ich beantrage Ihnen daher, dem Bundesbeschluss über das Volksbegehren für die Schaffung eines Zivildienstes zuzustimmen.

M. Duvanel: Il est réconfortant de penser que les naïfs ont quelquefois raison, mais au fond étaient-ils véritablement naïfs, ces professeurs du gymnase de Münchenstein, en lançant leur initiative? Au contraire, n'avaient-ils pas compris avant d'autres, avant nous peut-être, qu'en dépit de la minorité que constituent chez nous les objecteurs de conscience, c'était en fait beaucoup plus et tout le problème de la liberté de conscience qui était en jeu? Ils ont compris que de larges couches de la population sont auhourd'hui favorables au service civil et que ceux qui depuis longtemps préconisent la création d'une telle institution pour les objecteurs de conscience ne sont pas nécessairement ces affreux antimilitaristes et ces adversaires farouches de la défense nationale qu'on veut bien nous faire accroire. On peut à juste titre s'étonner, et s'en réjouir surtout, qu'un groupe de quelques citoyens, sans appuis politiques — au départ tout au moins — sans moyens financiers, aient réussi à recueillir en peu de temps plus de 62 000 signatures et à déposer le 12 janvier 1972 une initiative, jugée acceptable par le Conseil fédéral, la condition de l'unité de la matière comme celle de l'unité de la forme ayant été respectées.

En nous proposant aujourd'hui d'approuver cette initiative et d'envisager la revision de l'article 18 de la constitution, c'est un pas important que le Conseil fédéral nous invite à franchir pour résoudre enfin ce problème posé par les objecteurs de conscience. Je pense que l'on doit lui en être reconnaissant.

La question qui se pose pour nous est dès lors de savoir comment résoudre ce difficile problème. Forum Helveticum, chargé par le Département militaire fédéral en 1970 de reprendre l'examen de l'ensemble de ce problème, a déposé son rapport en juin 1972. La majorité de la commission s'est ralliée à la thèse qui fait l'objet de l'initiative de Münchenstein: service civil, d'accord; libre choix, non. Ainsi les auteurs de l'initiative comme la commission d'étude de Forum Helveticum confirment le principe de l'obligation générale faite aux citoyens suisses de servir dans l'armée. Cependant Forum Helveticum déclare expressément dans son rapport final que le service civil ne peut entrer en ligne de compte que pour ceux «qu'un grave conflit de conscience d'ordre moral ou religieux incite à refuser de servir dans l'armée». Cela revient à admettre l'existence d'une conscience morale ou religieuse mais pas l'existence d'une conscience politique. Forum Helveticum est ici en contradiction avec les auteurs de l'initiative de Münchenstein qui, à raison nous semble-t-il, n'admettent pas cette conception restrictive de l'objection de conscience.

Nous sommes heureux de voir le Conseil fédéral estimer le moment venu de donner au problème des objecteurs de conscience une solution de principe plus large que les mesures d'adoucissement prises jusqu'ici, notamment dans le cadre des dispositions de l'article 81 du code pénal militaire. Nous regrettons cependant, quant à nous, que ce même Conseil fédéral définisse de manière restrictive les catégories d'objecteurs de conscience et n'admette d'entrée que les réfractaires pour des

motifs religieux et moraux. Dans son rapport à l'Assemblée fédérale sur l'initiative de Münchenstein, le Conseil fédéral nous dit avec raison que l'on pourra et que l'on devra, dans le problème qui nous occupe, se référer aux expériences faites à l'étranger et aux exemples qui peuvent s'y trouver. Nous nous permettons de lui suggérer d'aller voir ce qui se passe dans les pays scandinaves, qui reconnaissent l'objection de conscience politique et qui ne s'en portent pas plus mal pour autant.

Autre question: Que se passera-t-il pendant la période transitoire, qui peut durer deux ans au moins, pour les objecteurs actuels auxquels s'applique forcément le droit en vigueur aujourd'hui? Les tribunaux militaires vont-ils poursuivre sans autre leur besogne et condamner les réfractaires aux arrêts répressifs? Le message est muet sur ce point et c'est pourquoi je demande à M. le conseiller fédéral Gnägi s'il peut nous fournir des éclaircissements à ce sujet.

L'Impartial a raison qui écrit, sous la plume de Gilles Bailod, que l'objection de conscience, qu'elle puise ses convictions dans la religion, dans la morale ou la philosophie, est avant tout et toujours un acte politique. Et ce sont précisément les objecteurs de conscience politiques que l'on veut exclure d'emblée de ce dialogue.

Nous voulons espérer que les efforts de tous ceux qui, depuis 1903, se préoccupent du problème de l'objection de conscience et qui préconisent à leur intention la création d'un service civil n'auront pas été vains et que l'initiative passera le cap parlementaire.

Nous vous recommandons d'adopter l'arrêté fédéral sur l'initiative populaire pour la création d'un service civil qui ne fait, en fin de compte, que reprendre l'un des principes de la Convention européenne des droits de l'homme avec laquelle, tôt ou tard, vous en conviendrez, nous devons harmoniser notre législation.

Auer: Einer der originellsten Baselbieter der neueren Geschichte war Dr. Emil Frey. Er lebte von 1838—1922. Er studierte Kameralistik, ging in seinem abenteuerlichen Leben nach Amerika, war dort unter anderem Knecht und später Offizier im Sezessionskrieg, selbstverständlich auf Seiten des Bundesheeres, das gegen die Sklaverei, für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfte — denn er war ein Freisinniger. Unglücklicherweise geriet er im Verlaufe des Krieges in Gefangenschaft und wurde zum Tode verurteilt. Aus Gründen, die mir nicht näher bekannt sind, unterliess man es, das Urteil zu vollstrecken. Dies ermöglichte es Frey später, Oberst der Schweizer Armee und sogar Bundesrat zu werden.

Zuvor aber war er Landschreiber, Landrat und Regierungsrat des Kantons Baselland, Schweizer Botschafter in den USA, Nationalrat und Redaktor in Basel, zuerst bei den «Basler Nachrichten», dann bei der «National-Zeitung». Diese waren damals noch beide radikal, was sie heute nicht mehr, bzw. nur noch sehr teilweise sind (Heiterkeit). Zweimal wurde Frey Nationalratspräsident, nach dem zweiten Mal, wie das mit Nationalratspräsidenten mitunter geschieht, Bundesrat. Er blieb es während sieben Jahren (1890—1897) und war Chef des EMD. Ich erzählte Ihnen dies, weil Bundesrat Frey ein Münchensteiner war, und weil es wohl angebracht ist — wenn wir schon über die Münchensteiner Initiative reden —, auch etwas von Münchenstein selbst zu sagen.

Münchenstein, im Birseck gelegen, zählt mit seinen rund 13 000 Einwohnern zu den acht Städten Basel-

lands. Der Sage nach hat es seinen Namen von einem Mönch, der sich in jener Gegend vor einem Hochwasser retten konnte und aus Dankbarkeit ein Kloster errichten liess. Wohl eher aber kommt der Name von der Basler Familie Münch, die im Jahre 1270 in Münchenstein eine Burg erbauen liess und von dort aus während langer Zeit herrschte. Die Münchs mehrten ihre Macht und — so heisst es in einer Ueberlieferung — «wussten jede Fehde mit den Gegnern mit Ruhm durchzufechten, und auf den Turnieren glänzten sie vor allem anderen Basler Adel» — womit wir beim Thema Militär angelangt wären. Die Münchensteiner machten im Bauernkrieg mit, waren in den sogenannten Rappenkrieg verwickelt und hatten im Dreissigjährigen Krieg, wie viele andere Baselbieter Gemeinden, viel zu leiden. Bei der Schlacht bei St. Jakob blieb Hans Thüring Münch aus Münchenstein zwar neutral, aber ein Namensvetter, Burkhard Münch von Landskron, führte 1444 das Heer des französischen Dauphin an — war also, leider, auf der falschen Seite. Von ihm stammt der bekannte Ausspruch nach der Schlacht: «Heute baden wir in Rosen»; worauf er von einem Urner Hauptmann die Antwort erhielt: «Ei, so friss die Rosen einer!» und mit einem Steinwurf tödlich vom Pferde heruntergeholt wurde.

In den Burgunder Kriegen waren Münchensteiner nicht nur bei den Schlachten von Grandson, Murten und Nancy mit dabei, sondern auch — was ja damals einer der wichtigsten Zwecke des Krieges war — bei der Beschaffung von Beute, die beim geschlagenen Karl dem Kühnen reichlich herauschaute. Die Annalen der Geschichte halten jedoch lobend fest, dass die Münchensteiner die Beute nicht für sich behielten, sondern in Basel ablieferten. Dort wurde sie vergantet, und die wackeren Krieger erhielten aus dem Erlös je 6 Schillinge.

Die Münchensteiner hielten zur Schweiz: In der nicht sonderlich glorreichen Zeit der Franzoseneinfälle sympathisierte ein gewisser Stephan Schaulin aus dem benachbarten Arlesheim mit den Franzosen. Er wurde dafür von einem Patrioten erschossen. Als Täter kamen drei Münchensteiner in Frage. Da man nicht herausfand, welcher es war, wurden nicht etwa alle drei bestraft: die Justiz liess das Los ziehen, und der es zog, wurde darauf standrechtlich hingerichtet.

Den Bernern möchte ich sagen, dass zur Zeit der französischen Revolution ihr Regiment von Wattenwyl in Münchenstein wohl aufgehoben war, den Freunden aus dem Kanton Neuenburg, dass Anno 1856, als Preussen Anspruch auf Neuenburg erhob, auch im Baselland ein Freikorps gebildet wurde, das sich für Republik und Kanton Neuenburg schlagen wollte. Kommandiert wurde es von Hauptmann Massmünster, einem Münchensteiner. Aus der neueren Militärgeschichte Münchensteins möchte ich Ihnen nichts mehr erzählen, nur noch beifügen, dass unser Kollege, der Münchensteiner Joseph Tschopp, Korporal bei der Infanterie war... (Heiterkeit).

Nachdem der Bundesrat in seiner Botschaft stets von Münchenstein spricht, es aber sträflicherweise unterlassen hat, die Gemeinde, die nun in wenig kriegerischer Weise in die Schweizergeschichte eingehen wird, auch nur mit einem Wort vorzustellen, hielt ich diesen kurzen historischen Abriss für gerechtfertigt, und ich darf wohl mit Recht annehmen, dass ihn der Präsident bei der Bemessung meiner Redezeit nicht berücksichtigen wird (Heiterkeit).

Ich bitte Sie, dem Volksbegehren zuzustimmen. Es brauchte für die Münchensteiner Lehrer Mut, es zu ergreifen. Ich war dabei in der Theodorskirche in Basel, bei einem sogenannten politischen Nachtgebet, als der Präsident des Initiativbegehrens es erstmals öffentlich vorstellte. Er wurde sogleich angegriffen von links: Ein «Progressiver» aus Bern, die eine Hand im Sack, die andere zur Faust geballt, wandte sich gegen Häflinger, sagte, das sei ein Verrat an der Sache des Fortschritts, denn die Armee sei Instrument der herrschenden Klasse, die Dienstverweigerer seien Mittel zum Zweck, die Gesellschaft zu verändern, die Initiative sei entschieden abzulehnen. Die Lehrer wurden aber auch mit Angriffen von rechts bedacht, sie wollten den Wehrwillen untergraben. Dabei ist zu betonen: Diese Lehrer leisten Militärdienst, befürworten die Landesverteidigung, stehen für die Wehrpflicht ein, und sie brachten ein grosses Opfer, zeitlich und materiell, um die 62 000 Unterschriften zusammenzubringen. Dafür gebührt ihnen Dank.

Obwohl ich mit Ueberzeugung für die Initiative einträte, möchte ich davor warnen zu glauben, wie es getan worden ist, mit der Einführung des Zivildienstes habe man die «Lösung» des Dienstverweigererproblems gefunden. Aus verschiedenen Gründen kann es keine Lösung, sondern allenfalls nur eine sinnvollere Alternative sein.

1. Der Sinn des Militärdienstes besteht doch letztlich darin, allenfalls das Kostbarste, das ein Mensch besitzt, nämlich das Leben, dafür herzugeben, dass in Zeiten der Bedrohung das Land weiter existieren kann, dass die Menschen nach uns in diesem Land, das wir trotz aller Mängel lieben, in Freiheit weiterleben können. Nun mag ein Dienstverweigerer ein noch so grosser Idealist sein, er mag Strassen bauen und nützliche Dienste leisten an der Menschheit, von diesem Opfer, allenfalls zu sterben, ist er befreit. Der Zivildienst ist daher im Kriege keine echte Alternative gegenüber jenen, die Militärdienst leisten.

2. Auch der Dienstleistende hat ein Gewissen. Auch er wird vom Gedanken geplagt, ob er das Rechte tue, wenn er töte. Ich habe nur noch wenig Aktivdienst geleistet, aber ich erinnere mich an langweilige Wachen, während denen ich über das Töten nachsann und immer hoffte wenn ich schon einmal töten müsste, dass dann der andere Soldat nicht zu sehr in der Nähe wäre; es war vielleicht feig, dass ich ihn eher aus der Distanz töten wollte. Der Gewissenskonflikt des Soldaten wird mit dem Zivildienst nicht gelöst.

3. Viele Mitbürger lehnen bekanntlich den Militärdienst auch bei der unbewaffneten Truppe ab. Als Angehörige der Armee würden sie sich dann trotzdem schuldig machen. Es ist aber praktisch unmöglich, in der schweizerischen Gemeinschaft zu leben, ohne nicht irgendwie zur Landesverteidigung beizutragen, sei es durch Steuern, mit denen Waffen gekauft werden, sei es am Arbeitsplatz, sei es durch die Versorgung der Armee, denn rund 90 Prozent des Aufwandes einer Armee sind nicht Waffen. Hier besteht das gleiche Dilemma wie bei der Waffenausfuhrinitiative: Man verbietet den Export von Kanonen, erlaubt aber den Export von Drehbänken, mit denen Kanonen hergestellt werden. Man sagt, es sei eine Sünde, Munition zu exportieren, aber exportiert Uhrwerke, mit denen die Zünder für Munition gemacht werden können.

4. Der Entscheid, den Militärdienst zu verweigern, wird in der Regel aus einer bestimmten historischen Situation getroffen. Ich habe mit einem bekannten Dienstverweigerer einmal die Klinge gekreuzt und ihm die Frage gestellt: War es 1940 richtig, Militärdienst zu leisten? Er sagte ja. Er gab auch zu, dass es vielleicht wieder einmal eine Situation geben kann, in der es gerecht sei, Dienst zu leisten, aber jetzt hätten wir diese Situation nicht. Das Paradoxon besteht darin, dass ja niemand weiss, wie die Zukunft sein wird, dass also alle Möglichkeiten vorbereitet werden müssen durch Ausbildung und durch Waffenbeschaffung. Ein späterer anderer Entscheid eines Dienstverweigerers ist — so gesehen — ein zu später Entscheid.

Eine «Lösung» ist der Zivildienst auch deshalb nicht, weil dann der echte Dienstverweigerer keine «Zeichen» mehr errichten kann, weil der «Totalverweigerer» nicht erfasst, das «Gschütturm» um die verschiedenen Dienstverweigerungen auch später anhalten wird, und weil die Gewissensnot nicht leicht feststellbar und nicht messbar ist.

Le président: Si vous permettez, Monsieur Auer, vous avez raconté un charmant roman historique sur Münchenstein. Je me permets à mon tour de vous rappeler les vers de Ronsard: «Le temps s'en va, le temps s'en va, Madame.» J'aimerais vous dire: Le temps s'en est allé aussi pour vous, Monsieur le conseiller. Mais si vous voulez encore deux minutes, je pense que le Conseil sera d'accord.

Auer: Es gibt selbst dann keine Definition des Gewissens und keinen Massstab, wenn man das Politische ausschliessen will.

Was nun das «Politische» betrifft, besteht offensichtlich eine Begriffsverwirrung: Man spricht vom «politischen Dienstverweigerer»; das ist falsch: Wer aus politischen Gründen unsern Staat ablehnt und daher auch die Armee, ist im Sinne der Initiative kein echter Dienstverweigerer und muss die Strafe auf sich nehmen. Das heisst aber nicht, dass das Politische in der Motivation völlig ausgeklammert werden kann und darf. Entscheidend muss die Gewissensnot sein; dieser können verschiedene Motive zugrundeliegen. Denken Sie an den Dienstverweigerer, der nach dem Ersten Weltkrieg die Schlachtfelder von Flandern, Verdun oder im Elsass sah, zurückkam und sagte: «So etwas darf nicht mehr passieren auf der Welt!» Er lehnt sich dagegen auf und verweigert den Militärdienst. Das ist doch im Grunde genommen eine politische Motivation, die im Ethischen verwurzelt ist und damit auch von der Initiative erfasst wird. In diesem Sinne muss in der Praxis meines Erachtens aus dem tiefsten Gewissen kommender, ethisch-politischer Ueberzeugung Rechnung getragen werden — immer unter der Voraussetzung, dass eine echte Gewissensnot festgestellt wird.

M. Junod: Sans doute, les auteurs de l'initiative de Münchenstein, à l'honorabilité desquels je rends hommage, nous obligent-ils à discuter d'un sujet difficile, si complexe même que je ne sache pas qu'il existe de solution miracle. Je ne veux aborder, d'ailleurs ici, que quelques aspects de cette initiative. Qu'il me soit permis tout d'abord de remarquer que le rapport du Conseil fédéral est resté bien en deçà de notre attente. Notre gouvernement constate qu'une évolution se dessine dans la ma-

nière de considérer l'objection de conscience. Je lui en donne volontiers acte. Mais alors que propose-t-il? Pour l'instant, je le regrette, fort peu de choses concrètes. Dans un domaine aussi délicat, nous aurions aimé en savoir davantage que les quelques considérations de principe contenues dans le message. Il aurait été souhaitable, voire indispensable de connaître le projet d'article constitutionnel. Mieux, il aurait fallu connaître la législation d'application, au moins dans ses grandes lignes: c'est à ce moment-là que nous serons au fait et au prendre. L'approbation de l'initiative de Münchenstein n'est en effet qu'une première phase. C'est la plus facile aussi. Ce n'est qu'ensuite que surgiront les véritables difficultés. Je me suis donc demandé s'il ne fallait pas présenter une proposition de renvoi, de sorte que toute cette matière soit, dès cette première phase, appréhendée dans toute sa complexité mais aussi dans toutes ses conséquences. J'y ai pourtant renoncé parce que l'on m'aurait objecté — c'est le mot qui convient — que la procédure envisagée est conforme à celle prévue pour traiter des initiatives conçues en termes généraux et surtout parce que les demandes de renvoi n'ont guère de chance de succès dans ce Parlement.

Il n'en reste pas moins que la proposition du Conseil fédéral débouche à mes yeux sur un très grave malentendu. Le gouvernement nous propose l'acceptation de l'initiative mais avec de telles réserves que l'on peut se demander si les initiateurs et leurs amis parlent le même langage que le Conseil fédéral. Celui-ci nous affirme que le libre choix, l'alternative entre service civil et service militaire n'entre pas en ligne. Dans le même temps, les auteurs de l'initiative pensent que l'objection de conscience doit être comprise dans le sens le plus large, y compris pour des motifs politiques. Or, si l'on admet l'objection politique, c'est probablement, c'est même sûrement, à plus ou moins brève échéance, la porte ouverte au libre choix. Certains partisans du service civil présentent même le libre choix comme une exigence de base. Ainsi même si, juridiquement, l'approbation correspond à une invitation à l'adresse du Conseil fédéral en vue de présenter un rapport aux Chambres, l'on ne m'enlèvera pas de l'idée que, politiquement, la portée d'une décision des Chambres, approuvant l'initiative, serait empreinte d'ambiguïté. Au surplus, je suis convaincu que la solution qu'on nous propose crée plus de problèmes qu'elle ne prétend en résoudre. On a dit — et c'est vrai — que l'initiative laisse ouverte une série de questions que l'institution d'un service civil quel qu'il soit ne saurait résoudre. Mais il y a plus. Si l'on admet la prise en considération de l'objection dite politique, l'on s'achemine qu'on le veuille ou non — et j'y insiste — vers une manière de libre choix. C'est à ce moment-là que l'on crée ou que l'on créerait chez le citoyen le véritable conflit de conscience. Car enfin si ce citoyen acquiert la conviction, à un moment donné, qu'il peut servir son pays aussi bien dans un service civil que dans un service armé, n'aura-t-il pas un choix particulièrement difficile à opérer?

Nous ne voulons pas que peu à peu notre armée soit réduite à une armée de spécialistes, préfiguration d'une garde prétorienne. Notre armée de milice doit rester une armée véritablement populaire comprenant en principe tous les citoyens, même ceux qui ne manifestent pas un grand enthousiasme pour le service militaire.

C'est pourquoi il me paraît que la seule possibilité qui nous soit logiquement offerte aujourd'hui est de voter la proposition de notre collègue Peyrot. Et cela es-

sentiellement parce que je crois que l'institution d'un service civil est une fausse solution en tout cas dans les conditions suisses. Il faut prendre nos responsabilités et laisser aussi au peuple le soin de prendre les siennes.

Mais j'ajoute aussitôt, quel que soit le résultat de la votation dans cette salle ou devant le peuple, qu'il m'apparaît nécessaire d'étudier les voies et moyens qui permettent de surmonter les difficultés posées par l'objection de conscience sans pour autant créer de service civil, ni envoyer en prison tous les objecteurs.

O pourrait ainsi envisager le système suivant que je résume très brièvement. Une commission, donc ni un tribunal militaire ni un tribunal civil, aurait à se prononcer sur l'aptitude psycho-philosophique des objecteurs invoquant des motifs moraux, religieux ou éthiques. Elle pourrait s'inspirer de la jurisprudence fondée sur l'article 81, chiffre 2, du code pénal militaire. En cas d'incompatibilité entre les convictions de l'objecteur et son appartenance à l'armée, celui-ci serait exempté par la commission ou si nécessaire par un tribunal civil. Et sur ce point nous rejoignons pleinement le postulat de M. Allgöwer concernant les attributions des tribunaux militaires et des tribunaux civils. L'objecteur ne serait ainsi pas condamné, il ne s'agirait en aucune manière de porter un jugement de valeur sur ses qualités de citoyen, mais simplement de constater que le grave conflit de conscience qui le hante est incompatible avec son incorporation dans l'armée. Les conditions qui seraient posées à cette exemption devraient permettre d'éviter les abus.

C'est dans ce sens qu'il convient de reviser l'article 18 de la constitution fédérale. Cette solution n'a certes pas la prétention de résoudre toutes les questions posées. Mais elle en résout au moins autant que celle vers laquelle semble s'orienter le Conseil fédéral. Elle a, en revanche, l'immense avantage sur celle du Conseil fédéral d'éviter la création d'un service civil du genre de celui qui risque de nous être proposé. Il convient en effet de réserver la mise sur pied d'un service civil sur une base volontaire qui, comme l'a dit M. Peyrot, ne mette pas en cause directement ou indirectement l'obligation du service armé.

Rüegg: Ich bedaure sehr, Sie zu so später Stunde noch hinhalten zu müssen. Es ist mir aber noch selten so schwer gefallen, eindeutig und mit gutem Gewissen Stellung zu nehmen, wie in dieser Frage, so dass ich das Bedürfnis habe, einige Worte zu sagen.

Obwohl wir mit unserer Zustimmung zur Initiative dem Bundesrat nur grünes Licht erteilen zur Ausarbeitung eines formulierten Verfassungstextes, als Alternative zum bisherigen Artikel 18 der Bundesverfassung, haben wir doch einen Entscheid zu fällen, der in unüberblickbares Neuland führt. Alle die Gruppen, die bei jeder Gelegenheit versuchen, einen Stein aus dem Mosaik unserer Wehrbereitschaft herauszubrechen und die sich nun lautstark in die Diskussion eingeschaltet haben, machen uns diesen Entscheid so schwer. Es sind diejenigen Leute, die auch bei einer sauberen und korrekten Lösung dieses Problems nicht ruhen werden, die Armee zu diffamieren, weil es ihnen nicht um die kleine Anzahl armer Menschen geht, denen wir helfen möchten, sondern um die Schwächung unserer Wehrkraft.

Auch Herr Kollega Gerwig, der glaubt, alleiniger Interpret der 62 000 Bürger zu sein, welche die Münchensteiner Initiative unterzeichnet haben, hat nichts zur Erleichterung des Entscheides beigetragen. Es wäre schön, Herr Gerwig, wenn das Gewissen auch im praktischen

Handeln als unteilbar erschiene und wenn Politik nicht Interessenvertretung, sondern nur ethisches Handeln beinhaltete, wie Sie so schön gesagt haben. Ich bin sehr erstaunt, dass Sie die praktische Politik nicht etwas bescheidener gemacht hat und dass Sie glauben, uns mit diesen geistigen Höhenflügen, die sich doch nur in mittleren Höhen bewegten, zu beeindrucken. Dennoch glaube ich, dass wir dieses Problem nicht vor uns herschieben dürfen, wenn wir der kleinen Minderheit, die aus ehrlicher Gewissensnot und nicht aus Drückebergerei glaubt, keinen Waffendienst leisten zu können, gerecht werden wollen.

Wenn wir aber die Toleranz aufbringen, einer andersdenkenden Minderheit entgegenzukommen, so müssen wir vom Bundesrat verlangen, die notwendigen Sicherungen einzubauen, damit dieses Problem, das wir lösen möchten, nicht zu noch schwerwiegenden führt. Ich masse mir nicht an, dem Bundesrat gute Ratschläge zu erteilen, wie die Gewissensnot geprüft werden soll und wie ein Zivildienst auszusehen hat, damit er die gleichen Anforderungen an die Absolventen stellt wie der Militärdienst an den Wehrmann. Was wir erwarten dürfen, ist, dass die Regierung nicht unter Zeitdruck dieses vielschichtige Problem behandelt, sondern dass sie durch ein breites Vernehmlassungsverfahren alle die schwierigen Detailfragen prüft.

Herrn Bundesrat Gnägi möchte ich bitten, uns klar zu sagen, ob er vorsieht, uns mit dem formulierten Verfassungstext ein Konzept über diesen Zivildienst vorzulegen, so dass Volk und Parlament genau wissen, was der Verfassungsartikel beinhalten wird. Die heutige Diskussion hat leider mehr zur Verwirrung als zur Klärung dieser Probleme beigetragen. Die Bedenken, welche insbesondere Herr Peyrot mit seinem Antrag zum Ausdruck brachte, sind sehr ernst zu nehmen. Mit der Ablehnung einer Prüfung der Möglichkeiten schaffen wir aber das Problem nicht aus der Welt, und ich glaube deshalb, dass es richtig ist, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Wir möchten aber die Gewissheit haben, dass der Bundesrat ein Zivildienstmodell erarbeitet, dem die Mehrheit des Schweizer Volkes, die Militärdienst aus Gewissensgründen leistet, mit gutem Gewissen zustimmen kann.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 23.10 Uhr
La séance est levée à 23 h 10*

Sechzehnte Sitzung — Seizième séance

Dienstag, 26. Juni 1973, Vormittag

Mardi 26 juin 1973, matin

8.00 h

Vorsitz — Présidence: M. Franzoni

11 542. Zivildienst.

Bericht zum Volksbegehren

Service civil. Rapport sur l'initiative

Fortsetzung — Suite

Siehe Seite 896 hiervor — Voir page 896 ci-devant

M. Villard: Mon parti, mon groupe ne m'ont point fait l'honneur de présenter leur point de vue, considérant probablement que cet honneur serait périlleux pour la cause elle-même... D'ailleurs mon ami, M. Gerwig, a fort bien présenté le problème, en juriste qui ne se laisse pas submerger par le juridisme, et qui considère l'aspect humain de la question.

Confronté tout jeune à ce problème dans ma famille, dans le cercle de nos amis, c'est à travers de douloureux cas d'objection de conscience et de dures condamnations dont j'ai mesuré les sévères conséquences, que j'ai pris conscience de ce que signifiait l'absence d'un statut pour les objecteurs au service armé.

Je ne ferai pas d'autre allusion à ma réaction personnelle face à ce problème. Il me faut néanmoins vous exposer combien m'a marqué le dur traitement infligé à mon frère aîné, sévèrement condamné à trois reprises par les tribunaux militaires de l'époque — cela fera bientôt quarante ans — lesquels traitaient avec un mépris total l'homme courageux et dévoué, secrétaire ad interim du Service civil international, qui, après avoir purgé plus d'un an de prison et été exclu de l'armée, a accompli du service actif durant toute la mobilisation, réhabilité — si je puis dire — par le général Guisan. Laissez-moi vous déclarer combien m'a impressionné le sort de ce jeune homme, chassé de toutes les universités, alors qu'il allait terminer son doctorat et qu'il était le seul enfant, dans la nombreuse famille ouvrière à laquelle j'appartiens, à avoir pu faire des études grâce à l'esprit de renoncement de plusieurs êtres chers...

Laissez-moi vous dire simplement et naïvement peut-être, que ma résolution de lutter pour une solution humaine et juste de ce problème date de cette époque-là. Soldat jusqu'à ma 50e année et fort chagriné de ne plus revoir mes bons camarades une dernière fois, lors du dernier cours auquel j'ai renoncé pour protester contre l'absence d'une réforme véritable du système en vigueur en ce qui concerne l'objection de conscience, j'aurais peut-être dû m'abstenir de parler aujourd'hui car, en dix minutes, je ne puis vous exposer de façon nuancée et complète mon opinion à ce propos. Je vous prie de m'en excuser.

Zivildienst. Bericht zum Volksbegehren

Service civil. Rapport sur l'initiative

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1973
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	11542
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	25.06.1973 - 20:30
Date	
Data	
Seite	896-913
Page	
Pagina	
Ref. No	20 002 107

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.